

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl Dietrich Bracher

Zeitgeschichtliche Erfahrungen
als aktuelles Problem

Herbert A. Strauss

Antisemitismus und Holocaust
als Epochenproblem

Volker Berghahn

Geschichtswissenschaft
und Große Politik

B 11/87

14. März 1987

Karl Dietrich Bracher, Dr. phil., Dr. hum. lett. h. c., Dr. jur. h. c., geb. 1922; o. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte, München.

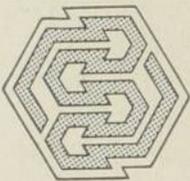
Veröffentlichungen u. a.: Die Auflösung der Weimarer Republik, 1984⁶; (mit G. Schulz und W. Sauer) Die nationalsozialistische Machtergreifung, 1974³; Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, 1964; Die deutsche Diktatur, 1983⁶; Das deutsche Dilemma, 1971; Europa in der Krise, 1979²; Zeitgeschichtliche Kontroversen, 1984⁵; Schlüsselwörter in der Geschichte, 1978; Geschichte und Gewalt, 1981; Zeit der Ideologien, 1985³; (mit W. Jäger und W. Link) Republik im Wandel, 1986.

Herbert A. Strauss, Dr. phil., geb. 1918; seit 1982 Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin; von 1948 bis 1982 Hochschullehrer für Neuere europäische Geschichte am City College of New York und der City University of New York; von 1962 bis 1986 Generalsekretär der American Federation of Jews from Central Europe; seit 1965 Fellow im Board of Directors des Leo Baeck Instituts; Gründer und seit 1971 Leiter der Research Foundation for Jewish Immigration; seit 1975 Generalsekretär des Jewish Philanthropic Fund of 1933.

Veröffentlichungen u. a.: Staat, Bürger, Mensch. Die Grundrechtsdebatte der Deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt 1848/1849, Aarau 1947; (Ed.) Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA, Bde. I—III, V—VI, 1978—1987 (Bd. IV in Vorbereitung); Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses, in: Year Book, Leo Baeck Institute, XXV, 1980, S. 313—361, und *ibid.*, XXVI, 1981, S. 343—409; Biographisches Handbuch der deutsch-sprachigen Emigration nach 1933; (Hrsg. zus. mit Werner Röder) International Biographical Dictionary of Central-European Emigrés 1933—1945, 3 Bde. in 4, 1980, 1983; (Hrsg. zus. mit Norbert Kampe) Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 213, Bonn 1986³; (Hrsg. zus. mit Christhard Hoffmann) Juden und Judentum in der Literatur, München 1985.

Volker R. Berghahn, Dr. phil., geb. 1938; o. Professor für Neuere Geschichte am Department of History, University of Warwick, Coventry, England.

Veröffentlichungen u. a.: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1918—1935, Düsseldorf 1966; Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie und Wilhelm II., Düsseldorf 1971; Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des ‚Kalten Krieges‘ vor 1914, Düsseldorf 1973; Germany and the Approach of War in 1914, London 1973; (Hrsg.) Militarismus, Köln 1975; (Hrsg. zus. mit M. Kitchen) Germany in the Age of Total War, London 1981; Modern Germany. Society, Economy and Politics in the Twentieth Century, Cambridge 1986⁵; Militarism. The History of an International Debate, 1861—1979, New York 1982; Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1985; The Americanisation of West German Industry, 1945—1973, New York 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984 und 1985 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zeitgeschichtliche Erfahrungen als aktuelles Problem

I. Streit um „deutsche Identität“

Vier Jahrzehnte nach dem Ende der deutschen Diktatur und den entscheidenden Weichenstellungen der Nachkriegszeit in Europa ist auf neue eine erregte Debatte um deutsche Geschichte und nationale Frage entbrannt. Sie scheint die Beobachtung zu bestätigen, die seit einigen Jahren auch im Ausland erörtert wird: „Das deutsche Problem ist wieder da“ (Pierre Hassner 1981). Nicht zuletzt hat die Diskussion um den angeblichen Mangel oder die Krise einer „deutschen Identität“ scharfe Akzente gesetzt und Befürchtungen geweckt. Befinden sich nicht, so ist nun zu hören, die Deutschen mit ihrem gebrochenen Geschichts- und Nationalbewußtsein wieder in einer besonders prekären Lage, wenn weder die Europa- noch die Entspannungspolitik einen Weg aus der Deutschlandfrage eröffnen?

In der Zeit des Zweifels und der Anfechtungen bedeutet die Identitätsklage eine weitere Etappe der Diskussion des deutschen Problems, nach innen wie nach außen. Dabei geht es freilich nach wie vor um das Verhältnis zwischen nationaler Teilung und innerer Verfassung, um die Spannung zwischen dem Postulat der Wiedervereinigung und der Stabilisierung der bestehenden Demokratie der Bundesrepublik.

Neben der Außen- und Deutschlandpolitik im westlichen Bündnis ist es das innere Verständnis von demokratischer Politik und deutschem Staat, das auch die Identitätsdebatte wesentlich beeinflusst. Auf drei Schauplätzen spielte sich Ende der siebziger Jahre, als der philosophisch-psychologische Identitätsbegriff zum politischen Modewort wurde, die innere Auseinandersetzung um die Deutschen und ihren Staat ab. Sie wurde historisch und moralisch mit neuem Nachdruck und

Der Verfasser faßt hier Gedanken zusammen und führt Betrachtungen über die „doppelte Zeitgeschichte“ und über „Zeitgeist und Politik“ fort, die er zuletzt in den Büchern *Geschichte und Gewalt* (1981), *Zeit der Ideologien* (1985²), *Republik im Wandel* (1986) und *Die totalitäre Erfahrung* (1987) entwickelt hat (dort auch die Nachweise). Für die *Zeit der Ideologien* war ursprünglich der Untertitel „Brechungen des Fortschrittsdenkens im 20. Jahrhundert“ vorgesehen, was die zentrale Problemstellung des Buches deutlicher zum Ausdruck gebracht hätte als die vom Verlag bevorzugte allgemeine Bezeichnung „Eine Geschichte politischen Denkens“.

auf breiterer Basis in der Diskussion um die Judenvernichtung, den „Holocaust“, geführt; sie gewann zeitweilig Ausdruck in einer Erörterung der politisch-philosophischen Grundwerte der Bundesrepublik; und sie bestimmte immer aufs neue die verfassungsstaatliche Kontroverse über die Toleranzgrenzen der streitbaren Demokratie.

Die weltweit beachtete Fernsehsendung des amerikanischen Holocaustfilms löste 1980 eine neue Debatte über das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte und die Mängel bisheriger Befassung mit dem Nationalsozialismus aus, wobei freilich die Angemessenheit einer solchen Behandlung im Spielfilm umstritten war. Sie erreichte sowohl eine größere Betroffenheit und neuerliche Selbstprüfung der deutschen Bevölkerung wie eine weitere Verbreitung historisch-politischer Informationen.

Allerdings wurde der Holocaustbegriff sogleich verfälschend und entwertend mißbräuchlich auf die aktuelle Diskussion um die Nachrüstung angewendet: Das Schlagwort vom „atomaren Holocaust“ diente als Instrument im apokalyptisch getönten Meinungskampf und verwischte dadurch die Einmaligkeit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen das jüdische Volk. Auch die Übertragung des Widerstandsbegriffs aus dem Kampf gegen die NS-Diktatur auf heutige Aktionen gegen die parlamentarische Demokratie basiert auf einer ähnlich groben Fehldeutung. Darin werden Mängel und Einseitigkeiten historisch-politischer Bildung sichtbar, vor denen trotz gegenteiligen Eindrucks auch das Fernsehzeitalter nicht bewahrt: Neben vertieften geschichtlichen Kenntnissen bleibt die nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Problem des Totalitarismus und der dahinter stehenden Ideologie, die Triebkraft und Rechtfertigung so entsetzlicher Massenverbrechen war, weiterhin dringend geboten.

Auch die Grundwertediskussion, an der sich damals zeitweilig Bundeskanzler Schmidt und Oppositionsführer Kohl selbst beteiligten, vermochte kaum die Lücken im sich wandelnden Werteverständnis der siebziger Jahre zu füllen. Sie hinterließ weniger Spuren, als die Bewährung des Grundgesetzes und die Bedeutung des Grundkonsenses es nach dreißig Jahren Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik verdienten.

Hingegen blieb die Auseinandersetzung um die streitbare Demokratie ein Dauerthema. Bei den Kampagnen gegen „Berufsverbote“ extremistischer Bewerber im öffentlichen Dienst, oft verbunden mit der verächtlichen Abqualifizierung des Verfassungskerns der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als „FDGO“, erinnerte manches an die Systemverachtung, die der ersten deutschen Republik zum Verhängnis geworden war. Diese Tendenz richtete sich zugleich gegen die Institutionen des demokratischen Staates — ein erschütternder Mangel an politischem Verständnis für die Bedeutung institutioneller Strukturen und Verfahren als Grundlage jeder funktionsfähigen Demokratie wurde offenbar.

An allen diesen Punkten — dem unsicheren Geschichtsverständnis, der umstrittenen Wertbezogenheit und der Anfechtung des Verfassungsprinzips einer streitbaren Demokratie — konnte denn auch die vielbeachtete neue Debatte um die problematische Identität der Deutschen ansetzen.

Die Debatte hat sowohl historische wie politische und ideologische Komponenten. Das wird auch in dem jüngsten „Historikerstreit“ um die Deutung der nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik sichtbar.

Was hier zunächst die Streitfrage eines Vergleichs von nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen mit ihren ideologisch motivierten Untaten und Massenmorden angeht, so gilt ganz allgemein, daß Vergleiche nicht nur eine zulässige, sondern eine notwendige wissenschaftliche Methode sind. Denn nur so können Ähnlichkeiten *und* Unterschiede ermittelt werden. Aber dabei ist zu beachten, daß erstens die mörderischen Untaten einer Diktatur keinesfalls durch den Vergleich mit denen einer anderen Diktatur historisierend zu entschuldigen sind und daß zweitens vergleichen nicht gleichsetzen heißt, sondern die totalitäre Erfahrung als aktuelle Warnung auf eine breitere Basis stellt, indem sie ebenso rechts- wie linksdiktatorische Formen totalitärer Verführungskraft und Machtperversion erkennbar macht. Im übrigen könnte eine Kausa-

lität zwischen Gulag und Konzentrationslager, auch wenn sie nachzuweisen wäre, keine moralische Entlastung bewirken.

In Wahrheit kollidieren in der Kontroverse, die in allzu politisierten und personalisierten Formen geführt wird, nicht zuletzt zwei modische Strömungen zeitgeschichtlicher Betrachtungsweisen: eine gesellschaftskritische und eine nationalidentitäre, die jeweils zugleich „revisionistisch“ der bisherigen, älteren Zeitgeschichte gegenüber treten (ähnlich wurde ja bereits vor über einem Jahrzehnt in der wissenschaftlichen Diskussion eine „Normalisierung“ der NS-Forschung gefordert, damals verbunden mit heftigen Angriffen gegen unsere Totalitarismus-Interpretation: [vgl. dagegen meine *Zeitgeschichtlichen Kontroversen*, 1976, S. 62 ff.]). In beiden Richtungen aber finden sich heute Vertreter der Forderung nach einer angeblich notwendigen „Historisierung“ unserer jüngeren Vergangenheit, wenngleich mit höchst verschiedenen Argumenten und Zielen: Für die gesellschaftskritische Betrachtung stehen die sozialstrukturellen Bedingungen, für die nationalgeschichtliche die staatlichen Probleme der deutschen Frage im Vordergrund.

Demgegenüber geht es nach wie vor jedoch vor allem darum, der wirklich zentralen Erfahrung der deutschen Zeitgeschichte gerecht zu werden und die überragende Bedeutung der Unterscheidung von Demokratie und Diktatur sowie des Phänomens der totalitären Verführung im 20. Jahrhundert nicht durch den konzentrischen Blick auf gesellschaftliche oder nationalpolitische Zielsetzungen zu verdrängen. Inmitten ideologisch sich verhärtender Positionen und Tendenzen gilt es hier, einer Betrachtungsweise weiterhin Gehör zu verschaffen, die nach 1945 so wesentlich die Neubegründung und Entfaltung einer freiheitlich-demokratischen Politikwissenschaft mit einer ihr verbündeten Zeitgeschichte bei der Vergegenwärtigung des „deutschen Problems“ getragen hat. Auf dieser Grundlage soll im folgenden versucht werden, das Thema unter den veränderten Verhältnissen des Generations- und Erfahrungswandels zu betrachten.

II. Probleme der historischen Tradition

Die Forderung nach einer Neuorientierung, ja die Erwartung eines Bruchs des Geschichtsbeußtseins im Deutschland der Nachkriegszeit war nach den Irrwegen und Katastrophen der jüngsten Vergangenheit nicht nur verständlich, sondern geradezu unvermeidlich. Infragestellung und Revision des Geschichtsbildes, nach der nationalen Überspannung der vorangehenden Zeit von den meisten Deutschen plötzlich und radikal

als Zusammenbruch erlebt, forderten ihnen Anstrengungen ab, die zu einer negativen oder gar agnostischen Haltung, zur Verdrängung statt Aufarbeitung führen konnten.

Das enthielt freilich die Gefahr, daß die historische Kontinuität überhaupt in Frage gestellt wurde. Der Geschichtsbruch bedeutete beides, Chance und Hemmnis. Chance zur Offenheit

nach vorne, Hemmnis bei der Versicherung einer positiven Aneignung von Geschichte und eines zusammenhängenden Geschichtsbildes. Im Unterschied zu anderen Völkern und Staaten besitzen die Deutschen in der Zeit seit dem „Zusammenbruch“ von 1945 kaum selbstverständliche historische Festpunkte, Daten historischer Überzeugung und Aneignung: Weder der 20. Juli 1944 noch der 23. Mai 1949 (Verfassungstag) oder der 17. Juni 1953 (Tag der Einheit) haben diese Funktion gewonnen.

Wir erinnern uns daran, was Friedrich Meinecke schon 1946 in seiner „deutschen Katastrophe“ formuliert hat, als er das Ende der politischen Geschichte Deutschlands überhaupt diagnostizierte: Nur als Kulturnation könne Deutschland hoffen, auf absehbare Zeit überhaupt noch zu existieren. Im selben Jahr gab Alfred Weber seiner Bilanz den Titel *Abschied von der bisherigen Geschichte*. Die „Stunde Null“ war das große Schlagwort der Publizisten und Intellektuellen — und ist es ja bis heute geblieben: die Klage um die versäumte „Stunde Null“. Staatliche Kontinuität erschien politisch wie historisch problematisch, auch wenn sie staatsrechtlich offizielle Doktrin war und in aller Form praktiziert wurde.

Als Karl Jaspers nach dem ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik, am Ende der fünfziger Jahre, in seiner umstrittenen Schrift *Freiheit und Wiedervereinigung* die Westdeutschen ermahnte, ihre politische Freiheit über die nationale Einheit zu stellen, da begründete er diese entschiedene These, die ja auch mit der Präambel der Verfassung in einer gewissen Spannung steht, indem er daran erinnerte, daß das Deutsche Reich als Nationalstaat nur wenig mehr als 70 Jahre gedauert hat, also eher eine Ausnahmeerscheinung als einen Regelfall der deutschen Geschichte bedeutete.

Aber demgegenüber bleibt zu bedenken, welches historische Gewicht gerade jene Epoche besitzt, in der die nationale Einigung als historisch notwendig und berechtigt erfahren wurde, und wie unmittelbar die ungelösten Probleme des gespaltenen Deutschlands noch immer mit der nationalstaatlichen Epoche zusammenhängen. Die Diskussion ist darüber in vollem Gang geblieben, angemahnt vor allem durch das Geschick jener Deutschen, die weiterhin unter einer Diktatur leben: Wobei es freilich derzeit um ein primär menschenrechtliches, nicht territoriales Problem geht (Alois Mertes).

Bismarckzeit und Wilhelminismus, Erster Weltkrieg und Weimarer Republik, Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg sind seit der Katastrophe des deutschen Nationalstaates in zahllosen Deutungen und in reichhaltigen Spezialuntersuchungen

unter dem Gesichtspunkt von Kontinuität und Diskontinuität behandelt worden. Freilich ist diese deutsche Diskussion sehr oft in der Eigenretrospektion befangen und in den tiefen Widersprüchen steckengeblieben, die an den kritischen Punkten und schicksalhaften Weichenstellungen der kurzen, ereignisschwer verdichteten Periode des deutschen Nationalstaates aufbrechen und bis heute ungelöst sind.

Aber auch wenn wir hinter die nationalstaatliche Periode zurückgreifen, ist die Orientierung schwieriger und widerspruchsvoller als im Falle der meisten europäischen Staaten. Der deutschen Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit fehlt vor dem 19. Jahrhundert der durchgehende, zur staatlichen Einheit drängende Zug, und selbst danach bleibt die geforderte „Identitätsfindung“ umstritten. Sie schwankt zwischen den Traditionen der Teilstaaten, zwischen Preußen und Österreich, zwischen groß- und kleindeutscher Form, zwischen Unitarismus und Föderalismus, zwischen Kultur- und Staatsnation, zwischen traditionalem Reichsgedanken und modernem Einheitsstaat. Das Vielfältige gegenüber dem Einheitlichen tritt bei der Suche nach den historischen Entwicklungslinien, nach den Grundlagen und Kontinuitäten hinter und jenseits der Nationalstaatsbildung hervor, die für das heutige Geschichtsbewußtsein einer — wie immer man es definiert — geteilten oder gar nur noch als Kulturnation vorhandenen Nation von besonderer Bedeutung sind.

So ist auch die Aufgabe der bildungspolitischen Vermittlung ungleich schwieriger und anspruchsvoller, als wenn eine einheitliche Linie, ein durchgängiger, in der modernen Nationalgeschichte gipfelnder Geschichtsmythos durchgezogen werden könnte wie bei jenen Nationalstaaten Europas, die sich das eigene nationale Geschichtsbild mit dauerhafterem Erfolg gebaut haben. Dabei bleibt zu beachten, daß Nationalbewußtsein etwas bewußt Erzeugtes und Geformtes ist: „Nationen werden geschaffen“ (Christian Graf von Krockow). Wann immer dies in Deutschland versucht wurde, in der romantischen und nationalen Geschichtsschreibung und schließlich in der nationalimperialen Ideologie des Nationalsozialismus — wie übrigens auch des Faschismus, dem Produkt der italienischen Form einer verspäteten Nation mit dem Bezugspunkt des *Risorgimento* —, so konnte es auch zur Verkrampfung und Übersteigerung, zu Verfälschungen und Irrungen des Geschichtsbildes und des Politikbewußtseins führen.

Die besondere deutsche Situation erfordert im Blick auf diese Erfahrung, daß gerade die Vielfalt der vernationalstaatlichen Entwicklung bejaht

und in ihrer Komplexität dargestellt wird. Wenn der Generation von 1870 die Überwindung dieser Vielheit als die besondere Errungenschaft eines deutschen Nationalstaates galt, so fällt es gewiß schwer, die Komplexität vornationaler Geschichte zu rezipieren, obwohl gerade sie einen großen Reichtum auf allen Gebieten des politischen Lebens und Denkens enthält.

Aber auch das Einheitsstreben seit den Befreiungskriegen von 1813, der gescheiterten Revolution von 1848, selbst der Reichsgründung von 1871 kann nicht einfach als Fehlentwicklung abgetan oder dämonisiert werden. Diese Geschichte bildet gerade mit ihrem ambivalenten Gehalt, mit ihren negativen wie positiven Zügen stürmischer Modernisierung und schwieriger Staatsbildung in der Mitte Europas einen unumgänglichen Erfahrungsschatz im Hintergrund der gegenwärtigen politischen Lage aller Deutschen im Westen wie im Osten.

Denn nicht nur die Katastrophen von 1933 bis 1945, auch die erstaunliche Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik als einer freiheitlichen Demokratie und freilich zugleich die relativen Erfolge der DDR im Rahmen der kommunistisch-diktatorischen Organisation Osteuropas sind mit jener Periode der Modernisierung verknüpft. Allerdings nicht im Sinne historischer Konstruktionen nach Art des Ost-Berliner Museums für deutsche Geschichte, das diese insgesamt lückenlos und konsequent als Vorgeschichte der DDR gerade auch in ihren modernisierenden Entwicklungen darzustellen sucht.

Wenn es gilt, die Vielfalt der politischen Entwicklungslinien vor und während der scheinbar so definitiven Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert ernst zu nehmen, so gewiß auch, um jene unhistorische „Reduktion der Vielfalt zur Einfalt“ (Fritz Stern) zu vermeiden, mit der Nationalisten und Nationalsozialisten, ausländische Vereinfacher und marxistische Monokausalisten in einer seltsamen Allianz die deutsche Geschichte zum bloßen Auftakt des deutschen Imperialismus, zur Einbahnstraße in den Faschismus verkürzen. Dazu bedarf es freilich mehr als der apologetischen Ausweichmanöver entweder in die Nostalgie ferner Geschichte oder in materielle Gegenwartserfolge der Bundesrepublik. So gewiß diese mehr Würdigung verdient, als ihr eine unersättliche Kritik zubilligt, so wenig genügt dies gegenüber dem Geschichtsstolz der Nachbarn, auch im engverflochtenen Westeuropa.

Der deutschen Situation wird allerdings nicht ein neuer Nationalstolz gerecht, sondern die politische Aneignung der freiheitlich-demokratischen

Werte und Leistungen dieser Staatsgesellschaft, die auf der Hand liegen. Daß sie mehr ist als ein zeitweiliges „Wunder“ — ob nun Wirtschafts- oder Stabilitätswunder —, wird erst durch ein geschichtliches Verständnis auch der Eigenart, der Traditionen und Tugenden — oder sagen wir nüchtern der Möglichkeiten deutscher Geschichte lange vor und nach der Diktatur — plausibel, begründbar: nicht im Sinne chauvinistischer Abgrenzung eines deutschen Nationalcharakters und deutscher Nationaltradition, sondern als eine eigene Standortbestimmung.

Warum Deutsche so sind, es so machen, im Positiven wie im Negativen, das ist ein durchaus geschichtliches Resultat. Ob nun die Geographie, die Ökonomie, die Arbeitshaltung, der soziale Fortschritt oder die industrielle Kompetenz zum Kriterium dienen — dahinter stehen doch Jahrhunderte der Erfahrung und Bemühung, der Beharrung und Veränderung; dahinter steht eine Kultur- und Geistesgeschichte, in welcher die bürgerlich-freiheitlichen Werte des demokratischen Rechtsstaats angelegt sind, die freilich in der politischen Entwicklung zu kurz kamen und auch in der historischen Betrachtung früherer Perioden immer wieder vernachlässigt wurden, fast bis zum heutigen Tag.

Das „Dritte Reich“ war kein bloßer Betriebsunfall, aber es stellt auch nicht den einzigen Bezugspunkt der deutschen Geschichte dar. Um Ausschwitz, seine Ursachen und Folgen, führt kein Weg herum. Aber die schonungslose Auseinandersetzung damit soll gerade frei machen für lebensnotwendige Geschichtsoffenheit und Geschichtsbewußtheit. Die Negativlektionen von 1933 und 1945 waren gewiß für die ältere Generation bestimmend, als Negativlektionen vor allem der älteren Zeitgeschichte; sie waren motivierend für Anstrengungen, es nun besser zu machen, standen im ständigen Kontrast zu den Erfahrungen der Weimarer Zeit und der deutschen Diktatur.

Dasselbe trifft freilich nicht für jene Mehrheit der Bevölkerung zu, die inzwischen geboren und herangewachsen ist. Sie steht in einem anderen historisch-politischen Bezugssystem. Ihrem veränderten Erfahrungshorizont entspricht das natürliche Bedürfnis nach positiven Orientierungspunkten auch in einer gebrochenen Geschichte.

Was sind positive Orientierungspunkte in einer gebrochenen Geschichte? Darum gehen die Bemühungen, und lassen wir sie hier im Stich, so müssen wir uns nicht wundern, wenn es entweder zu geschichtslosen, ja geschichtsfeindlichen Haltungen kommt oder wenn dann intellektuelle Manipulationen möglich werden, wie sie zumal

in den letzten 15 bis 20 Jahren um sich greifen konnten.

Die positiven Aspekte und Traditionen, die entgegen der altneuen These vom „deutschen Sonderweg“ — sei diese nun nationalistisch oder geschichtskritisch begründet — die Entfaltung des Parlamentarismus und der Parteien in Deutschland durchaus mit der europäisch-atlantischen Entwicklung der Demokratie verbinden, verdienen mehr Aufmerksamkeit, als ihnen bislang ge-

zollt wurde. Das gilt auch für die großen Forschungsleistungen gerade auf diesem Gebiet deutscher Demokratie- und Freiheitsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Allzu wenig haben öffentliche Diskussionen und politische Bildung davon Kenntnis genommen, allzu selten sich etwa der über 130 inhalts- und perspektivenreichen Bände bedient, die zum Beispiel die Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien seit den fünfziger Jahren veröffentlicht hat.

III. Alte und neue ideologische Bedürfnisse

Mit der aktuellen Auseinandersetzung um einen Wandel sozialer und politischer Werte, den man auch als „silent revolution“ bezeichnet hat, stehen wir heute freilich wieder einmal inmitten einer deutschen Erfahrung, die aufregend deutlich macht, wie stark die besonderen Belastungen deutscher Geschichte und deutschen Denkens noch immer oder erneut auf die Verhaltens- und Orientierungsprobleme gerade der jüngeren Deutschen einwirken.

Nach dem Generationswechsel der sechziger Jahre — von manchen gar als Generationsbruch bezeichnet — kamen statt der erwarteten weiteren Entideologisierung neue Wellen ideologischer Bedürfnisse auf uns zu, auch in der politischen Bildung. Als sich zeigte, daß die Verwirklichung hochgesteckter politischer Erwartungen an Grenzen stieß, lebte die im neueren Deutschland immer wieder so schmerzhaft zugespitzte Konfrontation von Macht und Geist, von Politik und Ideal oder Moral wieder auf. Es gab neue Zeichen jener Störung eines maßvollen Verhältnisses zur politischen Realität, an der die erste deutsche Demokratie gescheitert ist. Dabei spielte die Anfechtung und Verunsicherung von institutionellen Formen der Bildung und Erziehung, Familie und Schule im Zeichen von Veränderungslust und Wertwandel keine geringe Rolle.

Der Glaube an sozialen Fortschritt, gesellschaftliche Emanzipation setzte die Ära der sozialliberalen Koalition seit 1969 unter besonders starken Reformdruck. Um so mehr wurden dann die Wachstumskrise seit Mitte der siebziger Jahre und wenig später die Probleme der Umweltbelastung als eine Fortschrittskrise der Industriegesellschaft von einer zunehmenden Zahl der Zeitgenossen entweder empört oder resigniert zugleich als Krise der westlichen Zivilisation überhaupt gedeutet.

In dieser vielfach erregten Diskussion, die teilweise wie ein Rückfall in die Demokratie- und Zivilisationskritik der zwanziger Jahre erscheint,

ist eine erneute Vergegenwärtigung der großen ideologischen Auseinandersetzungen unseres Jahrhunderts von Bedeutung. Es genügt nicht, kurzatmig auf die anspruchsvoll globalen Botschaften von „Bewegungen“ aller Art unserer Tage zu blicken. Es gilt vielmehr das Auf und Ab der ideologischen Verführungen zu bedenken, denen Europa und besonders Deutschland seit der Jahrhundertwende ausgesetzt waren, um jene Orientierungsprobleme und Fragen nach dem Sinngehalt der modernen Zivilisation in die richtige Perspektive zu rücken, mit denen die westlichen Demokratien angesichts alter und neuer Weltanschauungskonflikte mit ihren irrationalen Wirkungen zunehmend konfrontiert sind.

Intellektuelle, Jugend, Kirchen und viele andere Organisationen treten als Träger dieses wiederbelebten Krisendenkens hervor, das nun durch die Bezüge auf das atomare Zeitalter und die Probleme der atomaren Kriegführung eine besonders dramatische Zuspitzung erhält. Aus der Flut von Schriften, die in den letzten Jahren erschienen sind, sei nur das von Walter Jens herausgegebene Buch mit dem apokalyptischen Titel *In letzter Stunde* (1982) genannt, worin renommierte Autoren und Politiker sich unter betont endzeitlichem Signum versammeln.

Aber das sind Gedanken, die als Muster bei allem Unterschied der Bedingungen schon lange vorhanden sind; denken wir nur an die Parolen vom Untergang des Abendlandes vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Wir haben erfahren, welche Negativkraft die irrationale Wirkung und der politische Mißbrauch, die Ideologisierung solcher Gedanken entfalten kann. Die nationalistische Sinngebung oder fatalistische Hinnahme des Krieges 1914, dann Kommunismus, Faschismus oder Nationalsozialismus, autoritäre oder totalitäre Bewegungen, sie alle waren nicht zuletzt Folgen eines seit Nietzsche und der Jahrhundertwende virulenten Kulturpessimismus, der schließlich im Vernichtungsregime des „Dritten

Reiches“ mündete: auch dieses angetreten, die Krise zu überwinden, die angeblich die westliche Zivilisation heraufbeschworen hatte.

Aufmerksam registriert man daher jede Neuerscheinung der „deutschen Unruhe“, wie es außerhalb Deutschlands heißt, des „deutschen Problems“, wie wir es selbst thematisieren, wenn es sich nun wieder deutlicher in neutralistisch-antiwestlichen Ideen oder in der erneuten Suche nach einer besonderen deutschen Identität artikuliert. Die Zerrissenheit Deutschlands in einer Welt, die nach wie vor von Nationalstaaten geprägt und durch den Ost-West-Konflikt bestimmt wird, enthält ideologische Sprengkräfte, die durch die Zeiten des Wiederaufbaus und der Stabilisierung, wie wir sie heute erfahren, keineswegs endgültig überwunden sind.

Bedeutende Beobachter wie Daniel Bell oder Raymond Aron glaubten Ende der fünfziger Jahre, daß man endgültig von einer Entideologisierung sprechen könne. Aber gerade Aron, der große französische Soziologe und Philosoph, hat vor seinem Tod (1983) wieder dezidiert von der Fortdauer, ja „Unsterblichkeit“ der Ideologien gesprochen — und von der ständigen „Gefährdung des Westens durch Irrationalität“.

Das Ideologisierungspotential kündigt sich in Deutschland abermals durch besonders einschlägige Kampfbegriffe wie z. B. den Antibegriff der „Bewegung“ an, der ja nicht nur gegen die Parteien gerichtet ist und die parlamentarische Demokratie in Frage stellt, sondern einen enormen Gehalt an Weltanschauungsanspruch mit sich führt. Er markierte schon seit der Jugendbewegung der Jahrhundertwende die ideell-moralisch begründete Kritik am „bürgerlichen Zeitalter“, an westlicher Zivilisation und Politik. In dieser Weise war der Begriff der Bewegung ideologisch aufgeladen, und auch seine Diskreditierung durch die nationalsozialistische Bewegung hat nicht verhindert, daß er zu neuem Leben erweckt wurde.

Dabei zeigt sich immer von neuem die Anziehungskraft wie die Gefahr eines ideologischen Denkens, das extrem ideal-zielorientiert auftritt und die fundamentale Bedeutung der verfassungsstaatlichen Formen und Verfahrensweisen

abwertet. Wenn man im Blick auf die Antiatom- und Friedensbewegungen die expandierende Krisenliteratur des letzten Jahrzehnts mit ideologiekritischen Augen liest, wird man zuweilen an das Gefühl der Ausweglosigkeit erinnert, das viele Intellektuelle zwischen den beiden Weltkriegen anfällig für die Ideologisierung des Denkens werden ließ, so daß ihnen damals nur noch die unheilvolle Alternative zwischen Faschismus und Kommunismus zu bleiben schien. Die verengte, einseitige Perspektive richtet sich auf bestimmte, gewiß beunruhigende Krisensymptome, kann aber leicht zu pseudoreligiösen Heilsvorstellungen, zur ideologischen Flucht aus der Wirklichkeit führen und durch Unterminierung einer offenen Gesellschaft deren Widerstandsfähigkeit gegen rechte oder linke „Bewegungs“-Regime mit ihren ideologischen Lösungs- und Erlösungsverprechen schwächen.

Die neuen ideologischen Bewegungen verfügen — sofern sie nicht den totalitären Anspruch von Sekten und Theokratiebewegungen erheben (wie im Iran das Regime Khomeini) — wohl nicht über die geschlossenen System- und Theoriebildungen, wie sie für den Marxismus-Leninismus oder auch den Nationalsozialismus kennzeichnend sind. Aber durchaus typisch ist die Verwendung von suggestiven Leerformeln; solche Leerformeln stecken auch in dem Gewaltverständnis und in dem ideologisch aufgeladenen Friedensbegriff der gleichnamigen Bewegungen unserer Zeit.

Die Funktion solcher Leerformeln ist die Dramatisierung und emotionale Mobilisierung. Als Schlüsselwort für Alternativbewegungen mit ökologischer, antiatomarer und antiamerikanischer Stoßrichtung rühren sie dann an Grundlagen des westlichen Demokratieverständnisses, wenn sie sich als fundamental oder systemoppositionell verstehen und mit totaldemokratischer Gebärde, doch zugleich elitärem Wahrheitsanspruch ganz betont mindestens ein Standbein außerhalb der Parlamentsdemokratie haben. Im Grenzbereich zwischen Demokratie und Diktatur operierend, können sie Inkubationsraum totalitärer Ideologien sein oder werden: Vorstadien, Übergangsformen eines Ideologierungsprozesses, bei dem die machtpolitischen Positions- und Ausscheidungskämpfe noch nicht entschieden sind.

IV. Die doppelbödigte Zeitgeschichte

Wie ist nun dieser alte und neue Aufbruch, diese besondere Schärfe der deutschen Problematik zu erklären? Warum gerade hier, warum gerade jetzt und stärker als in irgendeinem Land Europas, nach einer Erfolgsgeschichte der zweiten deut-

schen Demokratie, die sich so deutlich von der Leidensgeschichte der ersten unterscheidet, und nach 40 Jahren Bemühung um politische Bildung und um geschichtliche Aufklärung?

Die eine Antwort liegt in dem, was ich im Blick auf den Wechsel der Generationen und die Verschränkung der Erfahrungen als Doppelbödigkeit unserer Zeitgeschichte bezeichnen möchte, eine andere gewiß in der Tatsache des geteilten Landes in einem Europa und in einem Bündnis, in dem nationale Interessen nach wie vor als erst-rangig und zentral erfahren werden.

Schon immer sind die Geschichts- und Politikbegriffe in all ihren Wandlungen aufs engste verknüpft mit zeitgeschichtlichen Grunderfahrungen, die zugleich als ein Koordinatensystem politischer Deutung, als Wegweiser politischer Bewußtseinsbildung wirken. Wohl nie aber sind das Gewicht und der Eigencharakter zeitgeschichtlicher Betrachtung so deutlich geworden wie in unserem Jahrhundert. Das hat einmal gewiß zu tun mit unseren verbesserten Möglichkeiten, auch des laufenden Geschehens habhaft zu werden; solche Vergegenwärtigung durch ständig gesteigerte Information und Publizität kommt in unvergleichlichem Ausmaß immer weiteren Bevölkerungskreisen zugute; es kann freilich zugleich Verwirrung hervorrufen, das Erkennen der wesentlichen Züge der Entwicklung komplizieren, zu Orientierungsproblemen führen. Zum anderen sind es scharf umrissene Einschnitte unserer Epoche, zumal die weltgeschichtlichen Daten von 1917/18 und 1945, die der Zeitgeschichte überhaupt schärfere Konturen verleihen, ihren epochalen Zusammenhang frühzeitiger erkennen lassen.

Ein ganz besonderes Charakteristikum unserer jüngsten Vergangenheit ist dabei die erwähnte Doppelbödigkeit sowohl des historischen Bezugsrahmens wie auch der politischen Bewußtseinsbildung. Noch immer mit der schweren, nicht zu verdrängenden Erbschaft des Nationalsozialismus belastet, doch zugleich im Zeichen einer Stabilisierung des ursprünglichen Provisoriums Bundesrepublik und nun auch der DDR im geteilten Europa, stehen wir ständig unter der Wirkung von zwei historischen Zusammenhängen, die tief verschieden und doch nahezu gleich stark unmittelbar in unser politisches Dasein hereinwirken: die Zwischenkriegszeit seit 1917/18, die in die Diktatur führte, und die zweite Nachkriegszeit von 1945 mit der Entwicklung zu den beiden deutschen Teilstaaten.

Unser Leben und Denken ist im Vergleich zu anderen Epochen in einzigartiger Weise von jenem doppelten Bezugssystem geprägt; die gegenwärtige Auseinandersetzung geht denn auch nicht nur um Richtung und Sinn unserer Epoche, sondern gleichzeitig um die Deutung einer trotz der zeitlichen Distanz nicht vergangenen, nicht leichthin zu historisierenden totalitären „Vergan-

genheit“ — wobei sich die Richtungen der Interpretation immer wieder eigentümlich verschränken und verschärfen, auch nicht einfach als links oder rechts zu qualifizieren sind, wie sich schon Ende der sechziger Jahre zeigte, als uns Kritikern eines allzu allgemeinen Faschismusbegriffs zeitweise eine Front von Nolte über Habermas bis zur APO gegenüberstand.

Es handelt sich um zwei Dimensionen von Zeitgeschichte, die sich seitdem überschneiden und überlagern, aufeinanderstoßen: eine ältere und eine neuere Zeitgeschichte, die in einer großen Kontinuität der Ideologien und Herrschaftsformen, der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen zwar zusammenhängen, aber dann doch wieder deutlich getrennt sind durch den tiefen Einbruch von 1933—1945.

Die ältere Zeitgeschichte steht unter der eindringlichen Erfahrung des Scheiterns einer von der deutschen Niederlage von 1918 überschatteten Demokratie, der die erneuerte Machtsteigerung unter Hitler mit der menschenfeindlichen totalen Selbstüberhebung und Selbstzerstörung Deutschlands folgte — und zugleich auch der Niedergang Europas.

Ihr stehen nun schon vier Jahrzehnte jener jüngeren Zeitgeschichte gegenüber, in denen sich eine veränderte Rolle und neue Strukturen Europas abzeichnen. Doch beide Perioden und Erfahrungskreise bleiben noch immer eng ineinander verflochten, ja verkettet; die großen Ideologien, die Herrschafts- und Gesellschaftssysteme wirken vom Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart unmittelbar hinein, so gewaltig die Veränderungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs, der Ost-West-Konfrontation und der Hoffnungen auf Entspannung sein mögen.

Dieser Konflikt der Zeitgeschichten bedeutet mehr als bloß den immer wiederkehrenden Konflikt der Generationen, die sich auf verschiedenartige Erfahrungen und ein verändertes Bezugsfeld berufen. Wir stehen vor einer Vergangenheit, in der die Widersprüche und die tiefe Verschiedenheit der Erinnerungen, die damit seit dem Auftreten der totalitären Bewegungen und unmenschlichen Regime bis zum heutigen Tage verknüpft sind, für Zeitgenossen wie Nachgeborene immer wieder auf bestürzende Weise aufflammen. Und zwar nicht nur in bezug auf die Folgen von Kommunismus und Nationalsozialismus, sondern auch mit der immer noch aktuellen Debatte über das Scheitern von Weimar, jenem in der deutschen wie internationalen Betrachtung stärksten Symbol für die Probleme des Niedergangs und der Selbstzerstörung einer modernen Demokratie überhaupt.

So ist zeitlich weit voneinander Getrenntes doch ständig miteinander konfrontiert und zugleich konfliktreich verknüpft, besonders durch die kurze entscheidungsreiche Zwischenperiode von 1945 bis 1950, als aus den Konsequenzen des Krieges binnen weniger Jahre jene großen Weichenstellungen erfolgten, die bis heute gültig sind. Sie bewirkten eine polar, ja antagonistisch strukturierte „stabile Krise“ in Europa, mit dem relativen Frieden eines Kalten Krieges, dessen grundlegende Gegebenheiten ja entgegen vielen Prognosen andauern, solange Menschen im Osten ihr diktatorisch beherrschtes Land in der Regel nur unter Lebensgefahr verlassen können.

Jeder Blick auf die vergangenen Jahrzehnte hat jene Doppelschichtigkeit des Erfahrungshintergrunds zu berücksichtigen, die unserer neueren Zeitgeschichte seither eigentümlich ist. Mit dem Öffnen der Archive, der Nachlässe von Zeitgenossen und ihren Stellungnahmen als „Zeugen der Zeit“ in den Medien wird zugleich die anhaltende Bedeutung der großen Entscheidungen und Frontstellungen sichtbar, die schon aus dem Ersten Weltkrieg erwachsen sind.

Gab es damals drei epochale Antworten auf den Krieg und seinen Ausgang — liberal-soziale Demokratie, autoritär-nationalistische Regime und totalitäre Diktatur —, so sind diese Antworten auch nach dem Sturz von Faschismus und Nationalsozialismus in den Rechts- und Linksdiktaturen des autoritären Nationalismus und des totalitären Kommunismus als Herausforderung an die rechtsstaatliche pluralistische Demokratie präsent geblieben. Ja, viele der Entscheidungen und Folgen des Ersten Weltkrieges (wie Kolonialfragen und neue Staatenwelt, Europapolitik und Rolle der USA) sind nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt erst weltweit wirksam geworden.

Diese Kontinuität der großen Probleme und Fragestellungen zeigen auch die so betont abgehobenen Revolten der letzten zwei Jahrzehnte. Sie er-

weisen sich nicht zuletzt als Wiederbelebung von Polarisierungen und Ideologisierung der zwanziger Jahre, wenn sie sich nicht sogar geradewegs nach wie vor auf die Oktoberrevolution als das entscheidende Datum überhaupt für die neue Geschichte berufen — auf Weltrevolution und Internationalismus also — oder auf den Gedanken der nationalen Selbstbestimmung, die große Parole von 1918, aber auch auf das Postulat demokratischer Menschenrechte: alles Leitideen der ersten Nachkriegszeit.

Zugleich stehen wir vor tiefreichenden Veränderungen, die sich in den Fragestellungen und Methoden der Zeitgeschichte vollziehen: und zwar entgegen gängiger Meinung nicht erst seit der berühmten Fischer-Kontroverse um die Schuldfrage von 1914, sondern durchaus schon in den fünfziger Jahren, als auch der Verfasser in seinen Studien zur Auflösung der Weimarer Republik und zur NS-Machtergreifung strukturgeschichtliche Fragen aufgeworfen und um politisch-moralische Antworten gerungen hat, die der traditionellen Form von Geschichtsbetrachtung und der überlieferten Nationalstaatsgeschichte widersprechen.

Diese Kontroversen wurden in den sechziger Jahren zunehmend politisiert, von den institutionellen Umwälzungen im Bildungs- und Hochschulwesen aufgegriffen und verschärft, zugleich überschattet und oft bedenklich verzerrt. Dabei kamen neue Forschungstendenzen von übernationaler Geltung und Wirkung zum Durchbruch: so neben der Einbeziehung interdisziplinärer, komparatistischer Methoden ein stürmisches Verlangen nach sozialwissenschaftlicher Fundierung und Erweiterung der Geschichtsforschung, womit zugleich die bisherigen Maßstäbe und Ergebnisse korrigiert oder in Frage gestellt wurden. Es kam zur teilweise radikalen Anfechtung auch jener Grunderfahrungen, die zumal in Deutschland so wesentlich aus der Auseinandersetzung mit den Katastrophen von 1933 und 1945 hervorgegangen waren.

V. Moderner Wandel und politisches Bewußtsein

Zwei große Zusammenhänge bestimmten zunächst die Strukturen und Tendenzen der neueren Zeitgeschichte nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“: Renaissance und Kooperation der Demokratien in Westeuropa und Entwicklung des Kalten Krieges. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges schien eine neue Ära zu eröffnen: Die Befreiung von Faschismus und Nationalsozialismus und die Vision einer Weltfriedensordnung der Vereinten Nationen setzten die

großen Zeichen für die Erwartung, daß nun die Krisen der Zwischenkriegszeit der Vergangenheit angehörten.

In Wahrheit beginnt zugleich ein Zeitalter weltweiter Blockpolitik und ebenso ein Prozeß der Entkolonisierung, in dem das gespaltene Europa ganz vom Subjekt zum Objekt der Weltpolitik zu werden scheint. Doch die Prophezeiungen von der Weltwende, vom Ende Europas und des

Abendlandes werden durch unvorhergesehene Ereignisse widerlegt. Der Kalte Krieg beschleunigt vielmehr die Rekonstruktion Westeuropas, und die europäisch-atlantische Einigungspolitik vermag dem schon 1914 begonnenen Niedergang Europas auf kaum erwartete Weise Einhalt zu gebieten.

Kalter Krieg und Dritte Welt bezeichnen in der weiteren Entwicklung die beiden großen Konfliktzonen bis zur Gegenwart. In der Mitte der sechziger Jahre aber, mit dem Durchbruch der weltweiten Unabhängigkeitsbewegung und den Ansätzen zur Entspannungspolitik, können wir nun eine weitere Zäsur erkennen: Tendenzen einer „Kulturrevolution“ — das Wort abgeleitet von den chinesischen Vorgängen, die als Maoismus auch im Westen eine Welle der Selbstverunsicherung verstärken — und sodann jene unerwarteten ökonomischen Krisenwellen, deren Folgen bis heute nachwirken, setzen die Bewußtseinsentwicklung in scharfen Kontrast zu der Periode der Rekonstruktion und des stetigen Aufstiegs und Fortschritts der westlichen Industriegesellschaft.

In demselben Maße, in dem der von der unmittelbaren Erfahrung des Dritten Reiches geprägte Bezugsrahmen verblaßt, kommt es zu vermehrten Kampfansagen an liberal-demokratische Wertmaßstäbe. Ihnen entsprechen erbitterte Angriffe auf den Totalitarismus-Begriff, die im Verein mit einer uferlosen Ausweitung der generellen Faschismustheorie nach Formeln der zwanziger und dreißiger Jahre geführt werden. Auch der westliche Demokratiebegriff wird als spätbürgerlich oder spätkapitalistisch, die liberal-parlamentarische Erneuerung Deutschlands und Westeuropas als restaurativ angefochten. Eine doch weitgehend scheinenaufklärerische, weil nicht eigentlich vorurteilsfreie „Hinterfragungs“-Demontage bisheriger Maßstäbe zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Arbeit, ihrer Vielseitigkeit und Offenheit, zugunsten ideologischer Mono-Erklärungen zeichnet sich ab.

Solche Tendenzen griffen weit über neomarxistische Dogmatismen hinaus auch auf die liberale Wissenschaft über. Auch nichtmarxistische Autoren haben sich von dem sozioökonomischen Impetus und dem sprachlichen Gestus einer Soziologisierung der Zeitgeschichte beeindrucken lassen. National wie international änderten sich Sprache und Stil der zeitgeschichtlichen Interpretationen. Aber zugleich stehen sie in der Erinnerung an die großen Durchbrüche und Polarisierungen, die Ideologiekämpfe und Lösungsverheißungen der „goldenen zwanziger Jahre“, denen die Reprints, Ausstellungen, intellektuellen De-

batten des letzten Jahrzehnts in auffälligem Maße gewidmet sind.

Die neuere Zeitgeschichte, von der hier die Rede ist, besitzt mithin oder schlägt immer wieder tiefe Wurzeln in Erfahrungen und Denkformen der älteren Zeitgeschichte. Das Ineinanderwirken der so verschiedenen Dimensionen unserer Vergangenheit mag etwas Irritierendes, Desorientierendes an sich haben, aber es kann auch durchaus bereichernd, bewußtseinserschärfend wirken. Denn die Antworten, die nach 1945 gegeben wurden, sind noch immer bedenkenswert.

Aber gleichzeitig kommt es nun darauf an, die veränderten Faktoren der innen- wie außenpolitischen Entwicklung, die seit den sechziger Jahren vordringen, den Generationswechsel überschatten und auch die Lösungen der unmittelbaren Nachkriegszeit vielfach in Frage stellen, im Auge zu behalten: nicht zuletzt eine tiefe Gespaltenheit des Zeitgefühls zwischen dem anfangs euphorischen Fortschrittsglauben noch der frühen siebziger Jahre und einem dann um so stärker einbrechenden Verfallsbewußtsein, widergespiegelt in der doppelsinnigen Parole einer „Tendenzwende“, die seit 1974 je nach dem Standort positiv oder negativ verstanden und beschworen wird.

Eine Art Rhythmus der Generationen, jeweils im Abstand von etwa 15 Jahren bemerkbar, zeichnet sich ab: Zunächst (1945) die „skeptische Generation“ der politisch-ideologischen Ernüchterung und des Wiederaufbaus, dann seit Anfang der sechziger Jahre eine Generation der drängenden Kritik, der Rebellion und Re-Ideologisierung, schließlich seit Mitte der siebziger Jahre die Generation des Zweifels an Werten und Sinngebung, einer Kulturkrise, die inmitten hochentwickelter Technik und Kommunikation ein neues Bedürfnis nach privater und religiöser Erfahrung nährt. Revolutionäre Tendenzen aus den späten sechziger Jahren leben fort, eine Kontinuität von 1968 wirkt auch als Kernbestand der sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“, aber nun mit Gefühlen der Bedrohung, die angesichts der globalen Energie- und Umweltprobleme unter dem deutschen Stichwort „Angst“ sich mit alten Ideologien zu antikapitalistischen, antizivilisatorischen Frontstellungen verbinden, um seit 1980 in der Neuorganisation von (alternativen und grünen) Bewegungen einen zumal in der jüngeren Generation auch politisch wirkungsvollen Ausdruck zu finden.

Die Frage nach den längerfristigen Veränderungen des Bewußtseins im Zeichen dieser Entwicklung ist nicht leicht zu beantworten. Es verstärkt sich allenthalben ein Druck auf die liberale und rechtsstaatliche Grundstruktur der westlichen

Gesellschaften, die bis in die siebziger Jahre hinein als Erfolgsgesellschaften galten. Eine Gegenfront dringt vor, die aus sehr verschiedenen Kräften und Impulsen besteht: so gegen die Ausweitung bürokratischer Strukturen, gewiß eine langfristige Tendenz, doch in ihrer Wirkung sehr gesteigert angesichts der neuen Hilfsmittel kollektiver Erfassung in der Datenkontrolle. Andererseits registrieren wir den Drang nach staatlicher Effizienz im Sinne des Wohlfahrtsstaats, die allgemeine Forderung nach sozialer Sicherung, umfassender sozialer Gerechtigkeit.

Gleichzeitig sehen wir überall sonst in der Welt autokratische Strukturen vordringen; die ursprüngliche Erwartung, daß die Welt demokratisch werde, macht der Ernüchterung Platz, daß die liberal-pluralistisch, repräsentativ-demokratisch organisierten Staaten nach wie vor eine kleine Minderheit (von etwa 30 Staaten) unter den 160 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen geblieben sind. Indessen verstärken sich auch die Züge zu apolitischem Verhalten, zu einem Soziologismus und Psychologismus, die mit wissenschaftlichem Anspruch durch prinzipielle Infragestellung die Auflösung traditioneller Werte der westlichen Kultur betreiben und dabei deren Bedeutung in ihrem größeren Zusammenhang unterschätzen oder übersehen.

In all dem wirkt vor allem das Erlebnis des unerhört raschen Wandels unserer Zivilisation. Was bedeutet Zeitgeschichte eigentlich noch bei einer so vielfachen Beschleunigung der Entwicklung, wie sie besonders durch die bedrängende Flut an Informationen im Zeitalter der Television auf den einzelnen, die Familie, die gesellschaftlichen Gruppen zukommen? Dem Druck machtvoller Medienorganisationen gewissermaßen die private Existenz abzurufen, bedeutet in der modernen Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft für den einzelnen oft eine Überforderung. Wohl ist dies nicht allein auf das Fernsehen zurückzuführen, aber es ist kaum zu leugnen, daß die ungeheure Verdichtung weltweiter Information gerade in den letzten anderthalb Jahrzehnten dazu beigetragen hat, daß Neurosen und psychische Fluchtbewegungen zunehmen.

Schon vor 1984 war das Jahr Orwells als Möglichkeit sichtbar geworden: Seine Vision einer gleichgeschalteten Gesellschaft, elektronisch gesteuert und perfektioniert, die dem Menschen

eine standardisierte Kultur überstülpt, enthält im Grunde das Ende der Geschichte. Und auch hier wirkt wiederum der ältere Kulturpessimismus, eine Renaissance von Gedanken und Befürchtungen der Zwischenkriegszeit herein. In den dreißiger Jahren hatte Orwell seine entscheidenden Erlebnisse: Seine Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg und die Anschauung der menschenfeindlichen Diktaturen Hitlers wie Stalins münden in die Erkenntnis und Erfahrung der totalitären Bedrohung von rechts wie von links; zuvor schon entstand Aldous Huxleys Science-Fiction-Utopie von einer wissenschaftlich perfekten Gesellschaft der Zukunft, die keine eigentlich menschenwürdige Gesellschaft mehr sein kann.

Im Grunde stehen wir wieder vor Fragen, die wie damals am Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Eindruck der modernen Diktaturen die sozialphilosophische Diskussion über *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* (Karl Popper 1945) betreffen: zumal die Frage, ob und wie es gelingen könne, ein offenes Politik- und Gesellschaftsverständnis zu erhalten unter Zwängen und Entwicklungen, die eigentlich eher auf geschlossene, technischperfektierte, dominierende Systeme hindrängen.

Neue Kraftproben zwischen Wettbewerbs- und Wahrheitsstaat, zwischen ideologischer Fixierung und fragiler Freiheit kündigen sich an — und damit wieder jenes Dilemma, das Karl Jaspers (1958) in seinen beiden Aspekten prägnant umrissen hat: „Der Osten hat eine Ideologie, der Westen keine, weil beliebig viele“. Doch zugleich: „Demokratie ist tolerant gegen alle Möglichkeiten, muß aber gegen Intoleranz selbst intolerant werden können“.

Angesichts alter und neuer totaler Wahrheitsansprüche gilt es, jene Offenheit anstelle geschlossener Ideologien zu bewahren, sie auszuhalten, aber auch als die eigentliche Errungenschaft der westlichen Geschichte zu verteidigen: die Freiheit des Denkens, auf der die politische Wahlmöglichkeit beruht, und umgekehrt die politische Wahlmöglichkeit, die erst die volle Freiheit des Denkens ermöglicht. Ein großer Meinungsspielraum ist die Grundbedingung unserer Kultur; es gilt ihn freilich immer aufs neue nicht nur gegen Zensur, sondern ebenso gegenüber der Verführungskraft eingängigen, einlinigen politischen Glaubens zu bewahren.

VI. Das deutsche Problem als Herausforderung

Auch in dieser Hinsicht kommt der geschichtlichen Dimension politischen Bewußtseins gerade im zweigeteilten Deutschland unverminderte Bedeutung zu. Geschichte als Gedächtnis der Menschen will, ausgesprochen oder nicht, die moralischen Wertfragen zur Anschauung und zur Entscheidung stellen, die zur Orientierung und Standortbestimmung der Gegenwart beitragen. Für eine noch so nüchterne und positivistische Geschichtsauffassung gilt, daß die Historie immer wieder von der Gegenwart aus geschrieben und neu gedeutet wird — und daß darum eine betont geforderte „Historisierung“ in der Zeitgeschichte problematisch ist, sofern sie der Tendenz zur moralischen Relativierung politischen Handelns entgegenkommt. Denn immer geht es auch um die emotionalen und die ethischen Komponenten der geschichtlichen Anschauung, das Angebot zur Identifikation mit menschlichen und politisch-gesellschaftlichen Schicksalen der Vergangenheit.

Unsere historische Problematik bringt nun freilich die Bedingtheit nationalstaatlicher Geschichte mehr als irgendwo sonst zur Anschauung und zum Bewußtsein und könnte insofern auch für andere Staaten und Völker von einigem Wert sein. Jedenfalls enthält sie das Gebot und die Chance sowohl der innerpolitischen Offenheit wie zugleich einer Weltoffenheit, mit der die Bundesrepublik steht und fällt, von der sie lebt: Das ist sozusagen ihre Alternative. Zu ihrer „Identität“ gehört, als faktisch postnationale Demokratie sich besonders den demokratischen und übernationalen Wertstellungen einer Verfassungs-Nation verpflichtet zu fühlen. Auch ihre vielzitierte ökonomische Stärke ist ja durchaus nicht gegen Krisen gefeit: So erfolgreich die Soziale Marktwirtschaft operiert, als Staatsgrund bleibt sie in gewisser Weise vordergründig, ihre „Ordnungspolitik“ bedarf der geistigen wie der historischen Dimension im Sinne eines entschiedenen „Verfassungspatriotismus“ (Dolf Sternberger).

Es geht um die europäischen und kosmopolitischen Ansätze der neueren deutschen Zeitgeschichte ebenso wie um das Vermögen, die eigenen Traditionen des Föderalismus und der Selbstverwaltung — jene deutsche Tradition der Komplexität, allzuoft unterschätzt auf dem Weg zum Nationalstaat — als geschichtliche Werte aufzusuchen, zu vergegenwärtigen und den Nationalstaat nicht als letzte Instanz anzusehen.

Das kann und darf gerade nicht Verzicht auf geschichtliches Bewußtsein, Geschichtslosigkeit

heißen. Im Gegenteil! Es heißt vielmehr, das Bewußtsein zu schärfen, wie vieles von dem, was im vergangenen Jahrhundert erstrebt und ersehnt wurde, doch heute der Verwirklichung nähergerückt ist. Nach der zeitgeschichtlichen „Abrechnung“ also auch die durchaus positiven Akzente einer langen Vorgeschichte der zweiten deutschen Demokratie: das Ringen um Verwirklichung der politischen Freiheit für alle Schichten und Klassen, um soziale Gerechtigkeit und materielle Verbesserung, um die innere Sicherung der Demokratie wie um ihre äußere Sicherheit — freilich unter jenen schweren Opfern und Erfahrungen, die es dabei und im Verhältnis zu anderen von unserer eigenen Geschichte betroffenen Völkern stets zu berücksichtigen gilt.

Verhängnisvoll wäre ein Rückfall in jene alte deutsche Neigung, in allem besonders tief und gründlich sein zu wollen: so einst mit idealistischen und romantischen Volkstumsideen vor der Bildung eines deutschen Staates, sodann im Ringen um die richtige deutsche „Weltanschauung“, wozu bald auch die antisemitische Ideologie gehörte, so in der Sinnggebung und im Durchhalten zweier Weltkriege und schließlich im totalitären Zuschnitt einer menschenverachtenden Diktatur; aber nach dem Wiederaufbau nun auch in einer Überforderung der Demokratie als Staat durch ein identitär zugespitztes Demokratieverständnis, ja zuletzt eine deutsche Führungsrolle in der Öko- und Friedensbewegung. Können sich Energie und Idealismus nicht auch in ebenso gründlichem und dauerhaftem Einsatz für Europa, westliche Demokratie und Menschenrechte bewähren, statt überspitzten Zielvorstellungen anheimzufallen?

Daran ist schließlich auch zu denken, wenn immer wieder geklagt wird über die fortdauernde Belastung durch eine deutsche Vergangenheit, die nicht vergeht, und durch eine Zukunft, in der die Teilung Deutschlands nicht endet. Das alte „deutsche Problem“ stammte aus der historischen Spannung einer Nationswerdung zwischen politisch gespaltener Vielfalt und forcierender Übererwartung von Einheit, mit der Folge eines fatalen Schwankens „zwischen Unter- und Überschätzung des Staates“ (Rudolf Smend), zwischen notorischem Ungenügen an Deutschland und Höchstbewertung der nationalen Idee. Und heute? So schmerzlich die Trennung ist, die eine zweite deutsche Diktatur, nun kommunistischer Prägung, mit sowjetischer Hilfe über ein Viertel der Deutschen verhängt, so gewiß bietet die Bun-

desrepublik freiheitliche Identifikationsmöglichkeiten wie kein deutscher Staat zuvor. Sie aufs Spiel zu setzen, könnte den Deutschen im Osten so wenig wie im Westen nützen.

Ein wirkliches Offenhalten der deutschen Frage bleibt denn auch nur möglich und verantwortbar, wenn es auf der primären, wertesichernden Entscheidung für den Westen und die freiheitliche Demokratie beruht und wenn es bei allem Bemühen um Entspannung und Annäherung zwischen West und Ost jenen grundlegenden Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur beachtet, den die Deutschen 1933 so leichtfertig und mit so schrecklichen Folgen für die Menschen und Völker Europas mißachteten, und wenn über den Rufen nach mehr deutschem Staats- und Nationalbewußtsein nicht vergessen wird, daß der systematische Mord an den Juden und die Zerstörung Europas ebenso zu unserem historischen Erbe gehören wie jene Entscheidungen nach der „deutschen Katastrophe“, die uns an der Seite der demokratischen Nationen um so eindeutiger auf die Grundwerte abendländischer Kultur, nicht zuletzt auf die Bewahrung und Verteidigung der Menschenrechte verpflichten.

Dazu gehört schließlich vor allem auch die Fortführung und Wiederbelebung des europäischen Gedankens, jener Leitidee eines neuen Europa, das nach Jahrhunderten der Kriege und Unterdrückung der Welt ein Modell der übernationalen Konfliktlösung und Zusammenarbeit zur Sicherung der Freiheit und des Friedens bietet. Es steht unter der Einsicht, an die ein großer Architekt deutsch-französischer und europäischer Einigung, Robert Schuman, noch am Ende seines Lebens (1963) erinnert hat: „Den Nationalismus der anderen können wir nicht widerlegen, wenn wir ihm unseren eigenen Nationalismus gegenüberstellen“.

Um dem schleichenden Gift eines neuerlichen Europessimismus angesichts der künftigen Entwicklungsprobleme der Europäischen Gemeinschaft gewachsen zu sein, bedarf es gerade heute im Zeichen der Identitätsdiskussion des Blicks auf jene geschichtliche Erfahrung: daß nach den schweren Verirrungen der Weltkriegszeiten nicht zuletzt die Absage an den Nationalismus eine Aufarbeitung unserer Vergangenheit und den Wiederaufbau einer freiheitlichen Demokratie in Deutschland überhaupt erst möglich gemacht hat.

Antisemitismus und Holocaust als Epochenproblem

I. Die Epoche des „modernen Antisemitismus“ 1879–1945

Nach der Epochenstellung des Antisemitismus und des Holocaust zu fragen, ist aus dem Bedürfnis der historischen Wissenschaft geboren, für die bekannten und oft disparaten Tatsachen, die aus Dokumenten erschlossen werden können, verstehbare Zusammenhänge übergreifender Art zu konstruieren. Die Antisemitismusforschung hat für ihren Gegenstand, den modernen Judenhaß, seit 100 Jahren solche Zusammenhänge sichtbar gemacht. Geschichte und Sozialwissenschaften haben erfolgreich zusammengearbeitet. Die Einordnung des Holocaust ist nach deren Erkenntnissen zwar möglich, was seine Ursachen betrifft. Die Kontroverse darüber ist noch im Gange. Sie scheitert aber mit Recht, wenn einem total Sinnlosen durch Einordnung in Zusammenhänge ein Sinn verliehen werden soll. So gesehen ist das hier zu reflektierende Thema letzten Endes keiner Antwort fähig.

Die Epoche des modernen Antisemitismus ist mit dem Holocaust allen Anzeichen nach zu Ende gegangen. Sie begann nach dem Konsensus der Historiker etwa im 8. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts im Deutschen Kaiserreich. Das „Moderne“ in der Verwandlung von Judenhaß in Antisemitismus war, daß sich nun soziale Bewegungen bildeten, daß antisemitische politische Parteien entstanden, daß die religiöse Basis von Vorurteil und Verachtung der Rassenideologie wich. Das positivistische Zeitalter brauchte eine positivistische Rationalisierung seiner Feindbilder. Der moderne Antisemitismus war gegen die „Emanzipation“ der Juden gerichtet, also ihre Gleichstellung in Verfassung, Gesellschaft und Staat.

Die Unterscheidung zwischen christlicher Judenfeindschaft und modernem Antisemitismus ist nicht perfekt: Rassismus hat ältere Wurzeln und Vorläufer; religiöse Judenfeindschaft setzte sich durch die gesamte Epoche des modernen Antisemitismus fort, in manchen Ländern bis in die Gegenwart. Der Holocaust hat im eigentlichen

Sinne „Epoche gemacht“. Dies gilt für die gesamte westliche Welt (auf die diese Überlegungen im allgemeinen beschränkt bleiben müssen). Es gilt deshalb auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Überall da, wo Meinungsdaten vorliegen, ging seit 1949 der auf diese Weise ermittelte offen ausgesprochene Antisemitismus deutlich zurück. Daß die liberal-demokratische Gesellschaft trotzdem im Kampf gegen den Antisemitismus einen notwendigen Selbstschutz sieht, daß die Überlebenden des Holocaust von allen Zeichen überlebender Barbarei verwundet werden, daß eine neue Form der Judenfeindschaft, der Antizionismus, verstanden und abgewehrt werden muß, unterstreicht, daß die Epoche zu Ende gegangen ist. Antisemitische Stereotypen sind im Gefolge des Holocaust reprivatisiert, latent, der Kommunikation im kleinen und privaten Kreise reserviert. Antisemitismus als öffentliche Aggression, als wirksames Mittel der Politik, ist durch Vorurteile und Diskriminierungen gegen die meist nicht als permanente Einwanderer gesehenen Gastarbeiter, Ankömmlinge aus den früheren überseeischen Kolonien, Menschen anderer Hautfarbe oder Religion ersetzt worden.

Die Sozialstrukturen haben sich sowohl in der jüdischen Gemeinschaft wie in der westlichen Industriegesellschaft grundlegend verändert. Wo Antisemitismus vor allem in ländlich-isolierten oder um Aufstieg bangenden Kleinbürgergruppen vorherrschte, hat der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft Berufe und Mobilität umgeschichtet bzw. geändert. Die Struktur der jüdischen Gemeinschaften ist fast in allen westlichen Ländern (mit Frankreich als möglicher Ausnahme) der Struktur ihrer Umwelten angepaßt oder nähert sich ihr an. Juden scheinen relativ reibungslos in die neuen freiberuflichen oder *management*-Gruppen eingepaßt worden zu sein. Damit haben Entwicklungen begonnen, die sich gerade in den Punkten von der Epoche des modernen Antisemitismus unterscheiden, an denen die schärfsten Konflikte erkennbar waren.

Gewidmet dem Andenken Werner Näfs (St. Gallen-Bern), Verfasser der *Perioden der Neueren Geschichte* (Aarau 1946).

II. Europäische Wurzeln im christlichen Bild von Juden und Judentum

Der moderne Antisemitismus erscheint in verschiedenen Ansätzen als ein europäisches Phänomen. Er beruht im christlichen Abendland auf einer christlichen Judenfeindschaft, die von den Evangelien bis ins 20. Jahrhundert reicht. Selbstverständlich war die christliche Judenfeindschaft nur *ein* Hauptmerkmal im Verhältnis der Kirchen, der Theologie, der Gläubigen, der Geistlichen und Orden zu Juden und Judentum. Christliche Judenfeindschaft hat jedoch wesentlich dazu beigetragen, als Glaubensfanatismus oder Rationalisierung eher weltlicher Motive die Stellung der Juden in der christlichen Wirtschaft und Gesellschaft seit dem 12. Jahrhundert herabzudrücken. Religiöser Judenhaß lieferte die *self-fulfilling prophecy*, nach der Juden zu den Parias und Außenseitern von Jahrhunderten wurden.

Dieser religiöse Judenhaß war europäisch. Er gewann dadurch Virulenz, daß die Großkirchen trotz ihrer religiösen Dienstleistungen für Unterschichten und Unterprivilegierte im wesentlichen Fürsten- und Staatskirchen, also *establishment*-Kirchen waren, trotz der Entstehung von nicht-*establishment*-Sekten oder von Bettel- und Dienstleistungsorden.

Die soziale Stellung der Kirchen verhinderte nicht in allen europäischen Ländern die Lösung der Gegenwartsfragen des 19. und 20. Jahrhunderts. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten gelang der Übergang zu modernen Soziallehren, die Allianz mit dem liberal-demokratischen Staat und seinen Wirtschaftsprinzipien. Auf dem Kontinent gelang dies im allgemeinen

nicht (von historisch wichtigen Ausnahmen wie den Niederlanden oder der Schweiz abgesehen). Die Kirchen bekämpften die „Modernität“ klassisch in der Encyclica „Quanta Cura“ und ihrem „Syllabus“ (1864) oder im Bündnis von „Thron und Altar“ in Preußen-Deutschland. In Frankreich verbündeten sich die Kirchen mit den Konservativen in Armee, Bürokratie und Geistesleben, verloren aber den Kampf um die Macht, als die „Dreyfus-Affäre“ sie gründlich diskreditierte.

Das Judentum symbolisierte den konservativen Kirchen die moderne Welt, die ihre gewohnte Stellung in Staat und Verfassung bedrohte, ihre geistigen und moralischen Grundlagen zerstörte, Privilegien durch Verträge ersetzte. Der Jude stand für Liberalismus, nicht ohne Berechtigung in der staatlichen Wirklichkeit, denn die Gleichstellung der Juden war durch die in der amerikanischen Verfassung und der Französischen Revolution zuerst verwirklichten Bürgerrechtsprinzipien überall in Mittel- und Westeuropa um 1871 vollendet worden.

Antiliberalismus wie Gegnerschaft zum Sozialismus bestimmten auch den neuen christlichen Antisemitismus, wie er im Antisemitismus des preußischen Hofpredigers Adolf Stöcker oder des klerikalen Wiener Bürgermeisters Karl Lueger politische Gestalt annahm. Selbst wo christliche politische Parteien sich die verfassungsmäßigen Grundrechte zunutze machten wie im Deutschen Reich dauerte in der Publizistik die antijüdische, jetzt antisemitische Linie fort.

III. Formen und Funktionen des nach-christlichen Antisemitismus

So wirksam die Verbindung kirchlicher Politik und Kultur mit einem negativen Judenbild in der Zukunft werden sollte, der moderne Antisemitismus hatte seine ideologischen Wurzeln in säkularen Ideenverbindungen. Auch sie hatten europäische Verbreitung. Die darin letztlich angelegte Verwerfung der jüdischen Gruppenexistenz, jeder autonomen Existenz im pluralen Staat, machte sogar die Liberalen zu fragwürdigen Freunden, wie der Antisemitismus Heinrich von Treitschkes um 1880 demonstrierte.

Die Idee rassistischer Überlegenheit entstand wohl zuerst als Reflexion französischer Klassendebatten über die natürliche Superiorität von Franzosen germanischer über solche keltischer Abstam-

mung. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten Ethnologie, Schädelmessung, Kolonialherrschaft, „Eugenik“ und Sozialdarwinismus vielschichtige Verbindungen hergestellt mit antisemitischer Literatur und Publizistik, Politik und Sozialwissenschaft. Das traditionelle Stereotyp des Juden als physisch minderwertig, deutlich in der christlichen Ikonographie seit dem 16. Jahrhundert erkennbar, wurde auf wissenschaftlicher Ebene zum „eigentlichen“ (materiellen) Grund von Geschichte und Gegenwart, biologische Reduktionen wurden zum europäischen Paradigma. Der eintretende Verlust von Richtungs- und Glaubenssicherheit integrierte den Antisemitismus in die am Rande der Weltanschauungen um Anerkennung ringenden Heilsersatzlehren nationalistischer Sektierer.

Auch der sozialgeschichtliche Ansatz zur Analyse des Antisemitismus deutet auf seine europäischen Wurzeln hin — die vergleichende Antisemitismusforschung zu den hier gestellten Fragen weist allerdings noch erhebliche Lücken auf. Der moderne Antisemitismus war eine Erscheinung des bürgerlichen Zeitalters und der Nationalstaaten und zugleich Ausdruck ihrer Krisen und ihres Krisenbewußtseins. Er wurde aktiviert, wenn die Lösung von Klassenkonflikten, von Machtkämpfen oder die Anpassung vor-moderner staatlicher Ordnungen (z. B. Verfassungen, Machtkonzentrationen in Hof, Armee und Kirche) an sich erfolgreich modernisierende Institutionen (z. B. Industrie- und Finanzwirtschaft, Urbanisierung, Technologien oder Wissenschaften — all dies wie im Deutschen Kaiserreich) mit den vorhandenen Gehorsams- und Leidenstraditionen versagte.

Zunächst schufen erfolgreiche Übergänge von Agrarwirtschaft zu Frühkapitalismus und der politische Aufstieg der Mittel- und Oberklassen durch die Entwicklung der Ständevertretungen zu Parlamenten überall in Westeuropa neue und positive Haltungen zu den jüdischen Bevölkerungen, selbstverständlich als *ein* Faktor innerhalb der Epochen der allgemeinen Geschichte. Diese Entwicklung blieb aus, wo Leibeigenschaft und feudale Landbesitzverhältnisse traditionelle Rollen und traditionell negative Bilder von Juden, im wesentlichen christlicher Herkunft, perpetuiert hatten. Dies zeigt sich in der gleichzeitigen Existenz ungleichzeitiger Haltungen zu Juden, z. B. im Gegensatz zwischen Rußland-Polen und Holland-Frankreich-Großbritannien-USA.

Judenfeindschaft konnte für politische wie soziale Zwecke mobilisiert werden, wo traditionelle Eliten die Anpassung verweigerten oder dazu unfähig waren. So entstand *eine* Richtung des modernen Antisemitismus: der Antisemitismus der alten *establishment*-Eliten und der Schichten (z. B. nationales Bürgertum und Bildungsprivilegierte in Preußen-Deutschland), die sich aus politischer oder ideologischer Schwäche dazu rechneten. Die soziale Funktion dieses Antisemitismus war die Verteidigung ererbter Wirtschaftsprivilegien oder die erfolgreiche Machtbehauptung im Staate. Im Feindbild „Jude“ konzentrierte sich die Gegnerschaft gegen Änderungen auf allen Lebensgebieten, die in verschiedenen Perioden und für die verschiedenen öffentlichen Anliegen je verschiedene Namen erhielten, im Kern jedoch auf den gemeinsamen Punkt hinausliefen: die Abwehr der „modernen Welt“ und ihrer Folgen für Macht- und Besitzverhältnisse.

Eine zweite Variante entstand dann in Verbindung mit radikalpopulistischen und nationali-

stisch-völkischen Kleinbürgern und Arbeitern, auch auf dem Lande oder am Rande des städtischen Bürgertums. Antisemitismus diente um politische und wirtschaftliche Macht ringenden nationalen Minderheiten zur Verteidigung gegen Bedrohungen von Status und Vorteil. Die „Moderne“ bedrohte diese in Form einer liberalen Wirtschaftsordnung oder als sozialistische Revolution. Nationaler Reformismus, irreführend als Sozialismus plakatiert, verband Antisemitismus mit den Propagandisten eines „Dritten Weges“ und der Sicherung des oft den eigenen Interessen widersprechenden, sozialpsychologisch mächtigen Bedürfnisses nach Prestige.

Doch auch die sozialistische Tradition enthielt die antisemitische Komponente, besonders deutlich im französischen Frühsozialismus und der von ihm begründeten Tradition. Selbst die sozialdemokratische Bewegung hatte zunächst Mühe, die Identifikation des jüdischen mit dem kapitalistischen Feindbild zu überwinden: Jaurès und die von ihm geführten französischen Sozialisten schlossen sich erst relativ spät den *Antidreyfusards* an und verstanden den Grundcharakter der Auseinandersetzung um die Gestaltung des Staatslebens, die in diesem Konflikt ausgetragen wurde. Die deutsche Sozialdemokratie durchschaute den Konkurrenz- und Ersatzcharakter des Antisemitismus trotz wohl nie ganz überwundener Versuchungen, den antikapitalistischen Antisemitismus als einen Umweg, also immerhin *einen* Weg, zum Sozialismus zu interpretieren.

Das Verhältnis kommunistischer Gruppen zum Antisemitismus und zu Juden blieb ambivalent, teils in Abfolge der im Frühsozialismus oder in Karl Marx' bekannter Kritik von Bruno Bauers Judenfrage (1843) propagierten Identifizierung von Juden und „jüdischem Geist“ mit ausbeuterischem Kapitalismus, teils in Konsequenz der von Austromarxisten entwickelten Weigerung, der jüdischen Gemeinschaft als einer in einzigartiger Weise konstituierten religiös-ethnisch-nationalen Gruppe das Recht auf kollektive Existenz auch in der sozialistischen Zukunft zuzugestehen.

Die Frage, warum es gerade die Juden waren, die sich zu Feindbildern in der europäischen Sozial- und Ideengeschichte eigneten, kann durch einen dritten Ansatz, die Psychologie des Vorurteils und der Wahrnehmung, wenigstens teilweise verstanden werden. Ihr durch christliche Gesetzgebung auf die „middleman“ Rolle konzentrierter Sozialstatus und ihre wirtschaftliche Tätigkeit waren seit Jahrhunderten von der christlichen Soziallehre als letztlich illegitim und außerhalb des Moralkodex stehend angesehen worden. Wo vormoderne Wirtschaftsreformen vorherrschend blieben, wo institutionelle Entwicklungen die Be-

seitigung archaischer Vorurteile verhinderten, gewann die auf wenige Gebiete begrenzte wirtschaftliche Tätigkeit der Juden (Einzelhandel, Verbraucherindustrie, Bankwesen) eine neue „hohe Sichtbarkeit“ (high visibility) — Symbol einer Entwicklung, für die die Juden nicht verantwortlich waren, weder als einzelne noch als im wesentlichen kleinbürgerliche und mittelständische Gruppe.

Das (durch volkskundliche Analysen zur Zeit auf seine Breitenwirkung und Kontinuität untersuch-

te) christliche Zerrbild wurde in ungenügend modernisierten Gesellschaften von „sichtbaren“ Teilbeobachtungen auf ein Ganzes übertragen. Da die Gleichstellung der Juden im Staat überall als Folge liberaler Prinzipien verstanden wurde, kam mit der Krise des Liberalismus in solchen Gesellschaften dann auch die gesamte Stellung der Juden in Verruf. Antisemitismus war Symptom von Problemen, die man nicht bewältigen konnte oder wollte, von Spannungen, die man nicht aufzulösen bereit war.

IV. Epochenwende in Krieg und Revolution: Das Mordmotiv im völkischen Radikalismus von 1920

Der Antisemitismus in Deutschland tritt mit dem Ersten Weltkrieg und der Revolution in eine neue Periode ein, die mit der Judenverfolgung des Dritten Reiches und mit dem Holocaust eine in sich zusammenhängende Epoche darstellt. Die große Intensität, mit der der Antisemitismus nun öffentlich wirksam wird — mit Ausnahme der „ruhigen“ Jahre der Republik von Weimar (1924 bis 1930) —, unterscheidet die deutsche Entwicklung nicht nur von den zur Erklärung des Nationalsozialismus vorgeschlagenen Analogien zum Faschismus. Sie stellt auch eine besondere Entwicklung — einen „Sonderweg“ — im Vergleich mit zeitgenössischen antisemitischen Bewegungen dar, wie sie vor allem in noch vorwiegend agrarischen Ländern Osteuropas (Polen, Rumänien, zum Teil Ungarn) in oft brutalen Formen zu finden waren und zu diskriminierenden Gesetzgebungen und zum Auswanderungsdruck geführt hatten.

Der auf Ereignisse und Persönlichkeiten eingestellte Ansatz der Geschichtswissenschaft hat — dies ist seit langem *Allgemeingut* unter Schulbuchanalytikern — auf Fehlleistungen und historische Handlungsabläufe hingewiesen, die nun dem Antisemitismus einen neuen Auftrieb gegeben haben. Zentral waren der Krieg und sein Ende in Niederlage und Revolution. So sehr die Leiden und Ängste der Frontsoldaten in diesem von unmenschlichen „Ermattungsstrategien“ irreführenden Kampf von den Verwilderungen und Traumatisierungen zu trennen sind, die der Stellungskrieg in Fememord und Freicorps hinterließ, so deutlich zeigt sich der abgrundtiefe Verlust an Verantwortungsfähigkeit für andere Menschen in den Realitäten einer sozialen Auflösung und im Übergang von der Kriegs- zur Friedensgesellschaft. Der Krieg hatte nicht nur die inneren politischen und sozialen Gegensätze ver-

schärft. Er hatte auch, wie gerade an der Haltung der Bevölkerung zum Antisemitismus bis an das Ende der Periode deutlich wird, den Zirkel der Menschen, für die Gemeinschaft des Menschseins und der Gruppenbindungen die Verpflichtung zum Einsatz in der Not bedeutet — den Zirkel der menschlichen und moralischen Verantwortung —, verengt und einen Stil in öffentliche Auseinandersetzungen eingeführt, der dann in der Militarisierung der Politik und in den mit blutigen Gewalttaten geführten Auseinandersetzungen politischer Gegner zum Vorschein kam.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß es ein deutscher Staatsrechtslehrer war, der den klassischen Pessimismus von Thomas Hobbes (*Leviathan*, 1651) in einer politischen Theorie erneuerte, die den Konsensus politischen Handelns in einer Freund-Feind-Beziehung auflöste. Kein anderes westliches Land kannte ähnliche Selbstaflösungen, nirgends wurde der Antisemitismus integraler Teil — wie z. B. der bundesdeutsche Historiker Eberhard Jäckel gezeigt hat — einer politischen Bewegung, die ihren moralischen Anspruch direkt aus der Erfahrung des Frontsoldaten von 1914 bis 1918 ableitete, das deutsche Volk in eine zweite Runde um die Kontinentalhegemonie, nun das Rassenimperium, stürzte und eine Anästhesierung der Gefühle bewirkte, nicht nur gegenüber dem dadurch verursachten Massentod von Soldaten und Zivilisten der von ihr angegriffenen Seite, sondern auch gegenüber den Soldaten und Zivilisten des eigenen Volkes.

Die Antisemitismusforschung sieht in dieser Verkettung von Ereignissen und atmosphärischen Änderungen das wesentlich Neue des Nachkriegsantisemitismus. Die Serie der zu registrierenden Vorgänge begann 1916 mit einer Zählung aller Juden, die Frontdienst leisteten: Das preu-

Bische Kriegsministerium unter Adolf Wild von Hohenborn schändete damit die bürgerliche Ehre der, wie sich herausstellen sollte, etwa 100 000 jüdischen Frontsoldaten und der 12 000 jüdischen Gefallenen. Daß man in dieser Zählung und dem bis 1932 dauernden Streit darum nachzurechnen suchte, wie hoch der Prozentsatz (er stimmte!) der Juden an jenen betrug, die im Glauben an ihr deutsches Vaterland starben, zeigt die Verrohung, die hier eingetreten war.

Eine weitere Ereignisreihe war die Rolle, die jüdische Soldaten und Politiker in den Friedensparteien des Ersten Weltkrieges, in der Revolution und in den Anfangsjahren der Republik und ihrer Verfassung gespielt hatten. Die Zivilisten der Revolution hatten es den politisch und militärisch für Kriegführung und Niederlage Verantwortlichen gestattet, sich der Schuldzuweisung für den verlorenen Krieg und für den zunächst von allen Parteien einschließlich der Kommunisten als harsch empfundenen Friedensschluß zu entziehen. Es gibt keine Statistik darüber, ob der „Prozentsatz“ jüdischer Soldaten und Politiker, die öffentlich auf der Friedens- und Republikseite tätig wurden, dem „Prozentsatz“ der Juden in der Bevölkerung entsprach. Die Gegner der Republik aber benutzten die „hohe Sichtbarkeit“ der Juden, um sie mit Niederlage, Revolution und Republik zu assoziieren und beide durch Vorurteile und Stereotypen zu diffamieren. Zahlreiche Cliquen und Vereine, Wehrverbände und völkische Gruppierungen erklärten die von der Heeresleitung erst im September/Oktober 1918 eingestandene militärische Niederlage, die sie aus der Perspektive ihrer Frontabschnitte und „Absetzbewegungen“ zu verstehen nicht konditioniert waren, als jüdischen Verrat.

Die Hetze gegen die in Deutschland arbeitenden Juden aus Osteuropa war im Vergleich dazu nur ein sekundäres Element. Sie waren bekanntlich zum großen Teil von der Heeresleitung während des Krieges als Munitionsarbeiter angeworben und nach Deutschland gebracht worden! Doch noch 1923 ereignete sich der vielleicht bis ans Ende einzige pogromähnliche spontane Angriff auf Juden, als am 9. November 1923 (sic) Tausende von Arbeitern in das Berliner Scheunenviertel zogen und dort wohnende Juden und ihr Eigentum verletzten.

Wie ausschließlich die Anästhesierung der Gefühle gegenüber den aus dem Zirkel moralischer Verantwortung ausgeschlossenen Menschen aus innerdeutschen Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit abzuleiten ist (nicht dem Gulag oder dem Mord an den Kulaken), ist für die Entwicklung der antisemitischen Tiraden und Obszönitäten Hitlers schon für die Frühzeit bis zu

jenen Stellen in *Mein Kampf* bezeugt, in denen der Gasmord an „12 000 oder 15 000“ Juden während des Weltkrieges als Mittel empfohlen wurde, die Kriegsmoral zu bessern. Die Tatsachenreihen sind vielfach dokumentiert und interpretiert und schlüssig genug, die total amoralische Vorstellungswelt des späteren Massenmörders mit der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ (Euthanasie), der „Liquidation“ der polnischen Intelligenz und politischen Führerschicht, dem „Kommissarbefehl“ und dem Holocaust schlüssig zu verbinden. Ein Referat an dieser Stelle ist unnötig.

Dagegen soll hier kurz an ein Dokument erinnert werden, das weitere Hinweise auf die Verbindung zwischen unverarbeiteten Kriegstraumata, Feindbildern und einem Thema der öffentlichen Diskussion des Krieges gibt, das in der Ätiologie des Holocaust größere Beachtung verdient. Am 16. April 1920 (also etwa gleichzeitig mit Hitlers erster dokumentierter Forderung nach „wissenschaftlichem Antisemitismus“ und „Entfernung der Juden“) übersandte ein Angehöriger des Bayerischen „Schützenregiments Nr. 41, II. Bat., 7. Komp.“, der 26jährige frühere Frontsoldat und Münchner Freicorpskämpfer Hans Knodn, dem Ministerpräsidenten von Kahr seine Vorschläge zur Rettung der Nation¹). Er gehörte, wie der junge Hitler, dem Kreise Dietrich Eckarts an, gab zwar vor, keiner Organisation anzugehören und politisch nur einen „kommenden Führer und Erretter unseres Volkes“ zu erwarten, aber „die Gedanken . . . weitester Volkskreise niedergelegt“ zu haben. Die unmittelbare historische Situation, der diese Vorschläge entsprangen, war gekennzeichnet durch die Niederschlagung des Kapp-Putsches und die der Bildung einer linksradikalen „Roten Armee“ im Ruhrgebiet folgende vorübergehende Besetzung von Frankfurt, Darmstadt und Teilen des Maingaus durch die französische Armee, die auf eine Verletzung der demilitarisierten Zone reagierte.

Knodn stellte zunächst im völkischen Stammesstil die Verantwortung „der Juden“ für sämtliche Schwierigkeiten von Kriegs- und Nachkriegszeit dar und forderte (wie Hitlers Brief an Gremlich 1919) ihre Beseitigung durch eine „radikale . . . Lösung der Judenfrage bei Vermeidung aller sentimentalischen Beweggründe“.

Sein neun Punkte umfassendes Programm schlug vor: Einweisung „des größten Teils der Juden innerhalb 24, längstens 48 Stunden“ in Konzentrationslager und Hinrichtung aller Juden, die fliehen ebenso wie ihrer christlichen Fluchthel-

¹) Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. I, Ministerium des Innern 66282.

fer; sollte „die Entente“ trotz dieser „vollendeten Tatsache...die Feindseligkeiten“ beginnen, begännen auch die Repressalien gegen Juden: „Bei Verhängung der Blockade müssen die Juden dem Hungertode ausgeliefert werden. Erfolgt der Vormarsch der Feinde, so muß die Niedermetzlung der Juden stattfinden, bis der Vormarsch eingestellt wird“; „Repressalien an den Juden“ seien geeignet, auch die „bolschewistischen Armeen“ fernzuhalten und die „Machenschaften des internationalen Judentums, die im Friedensvertrag von Versailles und in der Bolschewisierung der Welt ihre Auswirkung fänden, zum Scheitern zu bringen“; am Ende sollten alle Juden ihres Vermögens beraubt und nach Palästina abgeschoben werden, das unter internationale Aufsicht zu stellen wäre.

Für die Frage der Epocheneinordnung, die hier gestellt ist, weist das Dokument einmal mehr auf die frühe Gegenwart expliziter Vernichtungsvorstellungen unter völkischen Radikalen hin: Es erschreckt durch seine Vorwegnahme der Verfolgungs- und Ausrottungspolitik des Dritten Reiches. Das Staatsministerium notierte, daß „Knodn nicht als Geisteskranker bekannt“ sei; die Münchner Polizeidirektion verzichtete darauf, „etwas zu veranlassen. Es handelt sich um Phantasien“.

Zu unterstreichen ist die Verbindung des Antisemitismus mit den konkreten Zusammenhängen

der deutschen Geschichte. Bisher übersehen wurde die Stilisierung der Juden — „des internationalen Judentums“ — als Geiseln zur Erreichung deutscher Ziele, der Zusammenhang nicht nur mit der von allen Seiten auch im deutschen Bürgerkrieg praktizierten Ermordungen von Geiseln und politischen Gefangenen, sondern auch die Rechtfertigung des Mordes an Juden mit ihrer Stellung als „Geiseln“ eines kollektiv als total feindlich konzipierten „internationalen Judentums“.

Die propagandistische und völkerrechtliche Auseinandersetzung um die Berechtigung der Ermordung von Geiseln (französischer oder belgischer Zivilisten) durchzieht Literatur und Kriegspropaganda seit 1870²⁾. Sie durchzieht Hitlers Vorstellungen von *Mein Kampf* (vgl. oben) zu seinem Entwurf zum Vierjahresplan von 1936, seine Verknüpfung eines Kriegsausbruchs mit der Vernichtung „des Judentums“, seinen Konferenzen zur Vorbereitung des Angriffs auf die UdSSR und seine zahlreichen Kriegsreden. Was im Zweiten Weltkrieg als die Massengreuel kollektiver Geiselschießungen von Zivilisten in die Geschichte einging, hatte seine Parallele in der Vorstellung von der Kollektivhaftung der Juden. Unmittelbar feststellbare Wirkungszusammenhänge sind bestimmender für die Ätiologie des Holocaust als Parallelen zu fernliegenden Wahrnehmungseinflüssen.

V. Judenverfolgung nach 1933: Taktischer Realismus

Hans Knodns pathetische Reflexion des Schlechtesten, das seine Zeit zu bieten hatte, fügt sich insofern dem bestehenden Konsensus der Historiker ein, als es die Linie vervollständigt, die man als „Vernichtungsphantasien“ sporadisch in antisemitischen Machwerken seit Anfang des 19. Jahrhunderts verfolgen kann — angefangen mit Hartwig Hundt-Radowskys *Judenspiegel* (1819). Sie wurden als völkischer Radikalismus extremster Art in Hitler und dem radikal-mörde-

rischen Flügel der NSDAP und des Dritten Reichs wirksam.

Die Forschung hat in einer weitreichenden und komplexen Diskussion die Schritte erarbeitet, die zum Entschluß zum Holocaust geführt haben, und sie in die Verwaltungsstruktur des Dritten Reiches eingestellt. Aus „Rassenangst“ folgten Gesundheitspolitik, Sterilisierungsgesetzgebung und „Euthanasie“; der Krieg schuf die Möglichkeiten zur Verwirklichung; die deutsche Bürokratie gewöhnte sich daran, Menschen wie Ware zu verfrachten (W. Scheffler), Polen und Juden brutal zu entmenschlichen, um schließlich von Hungertod und Mord durch Krankheiten und Seuchen in zusammengepferchten Gettos zu Massenerschießungen (Einsatzgruppen) und Vergasungen überzugehen. Die Präsenz eines radikalen Vernichtungswillens gegen die jüdischen Geiseln, die Steigerung der Verfolgungsintensität im Dritten Reich und im Zweiten Weltkrieg beruhte auf der unsinnigen Chimäre einer jüdischen Verschwörung und Kollektivverantwortung, wie sie in Knodns Phantasien zum Ausdruck kam. Der

²⁾ Im Umkreis der Weltkriegsdiskussion entstanden die folgenden Arbeiten: A. Lutteroth, *Der Geisel im Rechtsleben*, Breslau 1922, S. 246—293; G. Vollmer, *Entwicklung und heutige Bedeutung der Geiselschaft. Eine völkerrechtliche Studie*, Diss.jur. Köln 1926, S. 40—101; R. v. Keller, *Der Geisel im modernen Völkerrecht*, Diss.jur. Berlin 1932, S. 13—72. Aus der Nachkriegszeit: O. M. Uhler, *Der völkerrechtliche Schutz der Bevölkerung eines besetzten Gebietes gegen Maßnahmen der Okkupationsmacht unter besonderer Berücksichtigung der Genfer Zivilkonvention vom 12. August 1949*, Zürich 1951, S. 80—156. Eine Reihe hier nicht aufgeführter Völkerrechtler der Zwischenkriegszeit hielten Repressalien an Geiseln einschließlich ihrer Exekution für Rechtens.

Holocaust bleibt nur innerhalb dieses total chimerischen rassistischen Kontinentalimperialismus Teil einer Epoche. Er bleibt innerhalb der deutschen Geschichte eine einmalige und erratische Diskontinuität, ein epochales Ereignis *sui generis*.

So verständlich und moralisch unvermeidlich die Konzentration der Epocheneinordnung auf den Holocaust auch ist und bleibt — eine Last der Geschichte, der auch der Historiker nicht entgehen kann —, die Wirklichkeitsebene, die sie zu erklären sucht, soweit sie sich auf die deutsche Geschichte konzentriert, ist die der Täter und Planer und der tausend und aber tausend Bürokraten, Polizisten, Armeeingehörigern, Offiziere, die direkt oder indirekt in die Tötungsvorgänge verwickelt waren. Obwohl die im Rückblick unglaubliche Tatsache akzeptiert werden muß, daß erst um Mitte 1943 das Wissen um die Ermordung der Juden im besetzten Osteuropa durch Urlauber über Polizei, SS, Armee, Partei und Bürokratien aller Stufen hinaus in der Bevölkerung verbreitet wurde (dies war auch die persönliche Erfahrung des Verfassers für den Informationsstand in Berlin im Jahre 1943), machten Terror und Bespitzelung im Inneren und der bald in jede Familie hineinreichende Verlust von Angehörigen im Krieg und durch Luftangriffe sowie der beginnende Verlust des Krieges (El Alamein, Stalingrad, Alliierte Landungen, Kursk) Verdrängung und Indifferenz gegen die bis zum Ende abgeleugneten und geheimgehaltenen Vorgänge im Osten psychologisch verständlicher als die Verweigerung der Sympathie für die doch bereits seit 1933 in aller Öffentlichkeit verfolgten Juden.

Im Gegensatz zu der totalen Diskontinuität des Holocaust werden diese Verfolgungen von der Forschung vor allem des Auslands im allgemeinen als Vorstufen zum Holocaust eingeordnet. Die immer wieder auftauchenden Hinweise auf je wechselnde radikale Endziele legen eine solche Einordnung nahe. Die Fortdauer einer zumindest in ihren inneren Angelegenheiten autonomen jüdischen Gemeinschaft im Rahmen des bereits von Ernst Fraenkel beobachteten „Doppelstaates“ läßt jedoch die erste Verfolgungsphase eher als den Endpunkt der deutsch-jüdischen Geschichte erscheinen denn als ein unmittelbares Vorspiel zum Holocaust.

Zunächst: Die Verfolgungsmaßnahmen des Dritten Reichs lassen sich, mit Ausnahme zweier (relativ kurzer) Perioden von Gewalttaktik (Januar bis Juni 1933 und Frühjahr 1935), bis etwa Ende 1937 als völlig im Einklang mit den politischen Vorstellungen des deutschen Konservatismus

verstehen, so etwa die Entfernung von Beamten, die Begrenzung der jüdischen Berufstätigkeit, der Widerruf der Emanzipation durch Entzug des Bürgerrechts bzw. Degradierung zu Bürgern zweiter Klasse. Die Rolle Hjalmar Schachts in der Wirtschaftspolitik symbolisiert die Funktion eines „christlichen Antisemiten“ (Schacht in Nürnberg, 1946).

Die Kontinuität ergibt sich aus der bereits vor 1914 feststellbaren Allianz eines konservativ-bürgerlichen mit dem radikal-populistischen Antisemitismus. Sie war symbolisiert in der Annäherung von Deutschnationaler Volkspartei und Nationalsozialisten in der Spätphase der Republik von Weimar, in der konservativen Verantwortung für die Ernennung Hitlers zum Kanzler. Obwohl später entmachtet, war doch das überwiegend konservative Kabinett Hitlers, später die Bürokratie, zunächst aktiv, dann eher mitarbeitend und geführt, an den Verfolgungsmaßnahmen bis zum Ende (vgl. Anwesenheitsliste der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942) beteiligt. Die ideologischen und persönlichen Verbindungen, die über die unvollendete Revolution von 1918/19 durch die Beamtenestablishments von Weimar tradiert wurden, beruhten für viele auf oft zu spät erkannten Täuschungen und Selbsttäuschungen deutlich auf dem Gebiet der Judenverfolgungen. Dabei war die bereits für die Periode vor dem Ersten Weltkrieg festgestellte Assoziation von Antisemitismus mit innenpolitischen Ordnungsvorstellungen und außenpolitischen Zielen, seine „Kongruenz“, einer der wirksamen Faktoren konservativer Politik.

Die Zuordnung der Verfolgungsperiode 1933—1937/38 zu der traditionell rechtsbürgerlich-radikalen Koalition von Antisemiten wird auch in der Verbindung deutlich, in die die Judenpolitik mit der Periodisierung der politischen und wirtschaftlichen Ziele des Dritten Reichs gebracht werden muß. Bis etwa Mitte 1933 diente die brutale Gewaltphase zur Einschüchterung und Entmachtung der verbleibenden gegnerischen Machtpositionen. Bis Mitte 1935 schritt die „gesetzliche Ausschließung“ der Juden, vor allem von den Universitäten, den freien Berufen und der Kultur fort. Das innenpolitische Programm schien die „Beruhigung“ der Wirtschaft und die Verlangsamung der Zerstörung zu verlangen. Die im Bündnis mit der militärischen Führung der alten Reichswehr beschlossene Aufrüstung auf der Basis solider wirtschaftlicher und technischer Infrastrukturen verlangte eine Beruhigung der Außenpolitik, das Bild eines friedlichen Deutschland, also taktische Akkommodation der Verfolgungsmaßnahmen. Zugleich diente lokaler Terror als Ersatzrevolution für die dem Bündnis mit

der Rüstungsindustrie geopfertem „Mittelstände“.

Auch für die mit den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 vorgetäuschte Beruhigung, „Legalisierung“ der antijüdischen Politik müssen Aufrüstung und Rheinlandbesetzung in Rechnung gestellt werden. 1936 diente der Selbstdarstellung des Dritten Reiches durch die Olympischen Spiele in Berlin und brachte die temporäre Verlangsamung der Propaganda (nicht der sich vervielfältigenden „Gesetze“ und „Verordnungen“ und des zunehmenden lokalen Gestapodrucks). Die Regierung verzichtete darauf, „spontane“ Pogrome zu inszenieren, als Wilhelm Gustloff, der „Gauleiter“ der NSDAP in der Schweiz, 1936 ermordet wurde.

Daß dann Ende 1937 die letzte, offene gewalttätige Phase des radikalen Antisemitismus begann, die in den Pogromen der sogenannten „Reichskristallnacht“ am 9./10. November 1938 enden sollte, hängt mit Änderungen des Außenhandels und mit der ab 1938 ins Auge gefaßten Möglichkeit militärischer Aggressionen und des „Anschlusses“ Österreichs zusammen. Die Rüstungsindustrie hatte Vollkapazität erreicht und konnte von der Einverleibung („Arisierung“) der verbleibenden jüdischen Rohstoff- und Devisenkapazität profitieren. Schachts bilaterale Verträge hatten den Außenhandel von den in der

westlichen Welt vorhandenen (zwar unwirksamen, aber von der Berliner Regierung gefürchteten) Boykotten deutscher Einfuhren unabhängiger gemacht. Der außenpolitische Effekt hatte sich in der Wahrnehmung der Bürokratie verringert. Der Einmarsch in Österreich hatte gezeigt, daß brutale Gewalt die „Entfernung“ der Juden beschleunigte. Die Pogrome von 1938 symbolisierten so den Übergang zu den radikalen Vorstellungen der völkischen „Phantasten“ vor 1920 und den ersten Übergang zum Holocaust.

Auf die Möglichkeit hinzuweisen, die Verfolgungen der Juden im Dritten Reich mit den Perioden der deutschen Innen-, Außen- und Militärpolitik zu interpretieren und die *taktische* Abfolge der Maßnahmen in diese Politik einzuordnen, die aus dem Gewirr polyzentrischer Einflüsse unter zentraler Führung hervorgingen, heißt Perioden aus der Sicht und Politik der Täter und Machthaber zu definieren. Das Widersinnige und Chimärische des Antisemitismus wird dadurch nicht vermindert. Im Gegenteil: Gerade die Verbindung von total Archaischem wie dem Antisemitismus mit Aufrüstung und Wirtschaftspolitik weist auf den Charakter des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches als einer Konfliktphase der Entwicklung hin, die sich am Beispiel des Antisemitismus als zentrales Problem deutscher (und anderer europäischer) Gesellschaften nachweisen läßt.

VI. Die öffentliche Meinung: Antisemitismus als Modernisierungsdefizit

Der Antisemitismus, dies wurde im ersten Abschnitt deutlich, reicht nicht nur als christliches Stereotyp über die Moderne und Aufklärung hinweg in die Traditionen der europäischen Geschichte. Er gewinnt seine Bedeutung auch als Teil von Ideologien, die mit dem Bild des Juden „moderne Entwicklungen“ verbinden, die sie in der einen oder anderen Form nicht bewältigen können oder wollen. (Nicht alle diese historischen Funktionen sind schon heute im einzelnen oder vergleichend verfolgt worden.) Der deutsche Antisemitismus vor dem Ersten Weltkrieg war nicht imstande, seine Marginalität und (häufige) Absurdität in eine kontinuierliche politische Bewegung einzubauen, etwa im Gegensatz zu Österreich, wo sich antisemitische Programme in großen Parteien nach 1918 fortgesetzt finden, oder zu Frankreich, wo die Tätigkeiten xenophober und antisemitischer Politiker der Zwischenkriegszeit und Vichy-Regierung auf Kontinuitäten hindeuten konnten. Der deutsche Antisemitismus wurde trotz seines vom Konsensus der Historiker

festgestellten *politischen* Versagens schon 20 Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges als soziale und kulturelle Norm von Verbänden propagiert, die *establishment* wie populistische Ziele vertraten. Daß dies in einer Gesellschaft geschah, in der die Beziehungen zwischen Menschen und Klassen oder Religionen, zwischen Beamten und Bevölkerung, zwischen Oben und Unten an entscheidenden Stellen von militärischen Modellen und Umgangsformen beeinflußt waren, hat zu dem Stereotyp beigetragen, das dann durchaus anachronistisch zur Auflösung Preußens nach 1945 führen sollte. Der Stellenwert des Antisemitismus im Kaiserreich wird von Historikern verkannt, die primär politische Quellen zur Beurteilung heranziehen.

Auch in der Weimarer Republik waren die Erfolge des Antisemitismus, gemessen an den Wahlerfolgen der Parteien, zunächst gering. Die Deutschnationale Volkspartei erreichte nie mehr die 20,5% der Stimmen, die sie in der zweiten Reichstagswahl von 1924 verbuchen konnte, und

die Kleinparteien der Völkischen kamen bis 1930 nie über insgesamt 8% aller Stimmen hinaus. Selbst wenn die auch nach 1923 in der Wochenzeitung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zuverlässig registrierten Fälle von Ausschließungen, Diskriminierungen, Boykotten, Schändungen, die Nazifizierung der Studentenschaften, des Landbundes, der Handlungsgehilfen etc. nicht präzise in ihrem Stellenwert erkennbar sind — daß bürgerliche Parteien in der Krise von 1931/32 es scheu vermieden, den Antisemitismus klar und deutlich zu bekämpfen, ist Indiz für die gesellschaftliche Wirkung des Motivs.

Man kann mit den Forschern übereinstimmen, die den Antisemitismus nicht für das wirksamste Motiv in Propaganda und Wahlerfolgen der NSDAP erkennen können. Selbst wenn am 5. März 1933 sämtliche 51,9% der Wähler der NSDAP-DNVP-Regierungskoalition nicht wegen, sondern trotz des Antisemitismus dieser Parteien diesen ihre Stimme gegeben hätten — die politische Kultur der Weimarer Republik, ihre Kunstdebatten, ihre Kulturpolitik, die Auseinandersetzungen um Reformen aller Art hatten die Juden mit allem identifiziert, was man in Wirtschaftskrise und Zerfall der Republik als Bedrohung und Verunsicherung empfunden hatte.

Damit ist auch für das Dritte Reich die Frage nach der Epochenstellung berührt, die seine antisemitische Politik zumindest für die Vorkriegs- und Vor-Holocaust-Periode für die öffentliche Meinung bedeutet hat. Die Forschung stimmt darin überein, daß es zwar bis zum Ende unter der Bevölkerung Menschen gegeben hat, die Beistand für Juden als eine moralische Pflicht ansahen, trotz des praktisch allgemeinen Versagens der Gegenlegitimationen durch kirchliche oder

weltliche Institutionen und Eliten. Sie hat aber auch ohne Widerspruch festgestellt, daß wirkliche Identifizierung mit den öffentlich inszenierten Leiden der Verfolgten, z. B. anlässlich der Zerstörung der Gotteshäuser im November 1938, in den (allerdings mit Vorsicht zu interpretierenden) Quellen der Zeit nicht zu finden ist, wenn man von Berichten zufälliger und nicht beteiligter Zeugen absieht.

Haltungen dieser Art sind gewiß für Situationen zu erwarten, in denen totale Politik und Propaganda, Furcht vor Terror und Brutalität die Bereitschaft zu öffentlicher Kommunikation privatisieren, wo sie überhaupt besteht. Die Passivität der deutschen Bevölkerung gehörte damit auch in den Periodenzusammenhang des Dritten Reiches. Ebenso in diesen Zusammenhang gehört die Kongruenz antisemitischer Inhalte mit Staats- und Gesellschaftsvorstellungen und innen- und außenpolitischen Zielen, die das Dritte Reich aus den historischen Situationen und einem als breit anzunehmenden Konsensus übernommen hatte, in den dreißiger Jahren zu erfüllen schien und pervertierte.

Die historische Meinungsforschung hat sich bisher den Diskontinuitäten und Assoziationen, denen hier nachzugehen wäre, nur für die Zeit des Krieges zugewandt. Sollten die Quellen gesicherte Ergebnisse erlauben, würden sich die beobachteten Haltungen als Reflexe der Konflikte um die Modernisierung erweisen, die das deutsche Judentum schließlich zerstört haben. Die Kontinuität dieser Konflikte und ihre Lösung oder Unterdrückung in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit kann als zentrales Konzept der vergleichenden Antisemitismusforschung Licht auf den Stellenwert des Problems auch in der Gegenwart werfen.

Geschichtswissenschaft und Große Politik

I.

Mit Ernst Noltes Thesen über die Ursprünge und die Vergleichbarkeit der nationalsozialistischen Mordpolitik ist es der westdeutschen Geschichtswissenschaft nicht zum ersten Mal gelungen, weltweites Aufsehen zu erregen. In den fünfziger Jahren waren es vor allem die Schriften und programmatischen Erklärungen Gerhard Ritters, des damaligen Doyens der Historikerschaft, die eine breite Wirkung hatten und z. B. den namhaften französischen Historiker Jacques Droz zu dem Appell veranlaßten, die Kollegen jenseits des Rheins sollten endlich das Getto nationaler Apologetik verlassen und sich zugleich neuen Methoden und Fragestellungen öffnen, anstatt an einer traditionellen Geschichte der Großen Politik festzuhalten. Zwar gab es schon damals auch in der Bundesrepublik Ansätze zu einer „Strukturgeschichte“ industrieller Gesellschaften, wie sie etwa von Werner Conze vertreten wurde, aber die von Droz erhoffte Öffnung erfolgte tatsächlich erst im folgenden Jahrzehnt im Zuge der sogenannten Fischer-Kontroverse über die Ursprünge des Ersten Weltkriegs¹⁾.

Die stimulierende Wirkung, die von dieser Kontroverse und ihren neuen Forschungsergebnissen auf die beiden nächsten Generationen in- und ausländischer Historiker ausging, kann kaum unterschätzt werden. So erinnerte sich kürzlich der heute in Michigan lehrende Engländer Geoff Eley, wie er als junger Doktorand zum ersten Male Hans-Ulrich Wehlers *Bismarck und der Imperialismus* (Köln 1969) gelesen habe²⁾. Dieses Buch, so schrieb er, sei für ihn „eine große Entdeckung“ gewesen wegen der Weise, in der es Wirtschaftstheorie, Detailanalyse, politische Ereignisgeschichte und eine umfassende historische Interpretation miteinander verbindet. Wehlers theoretische Überlegungen hätten am Anfang und Ende seiner Studie nicht nur auf Georg Lukács und Marx Bezug genommen, sondern auch auf Max Horkheimer, Jürgen Habermas, Hans

Rosenberg und Eckart Kehr. Doch zugleich enthalte das Buch eine ausgreifende Analyse der Handels- und Kolonialexpansion Deutschlands während der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts sowie eine eingehende Diskussion über die Formulierung der Bismarckschen Politik. Solche Bücher, so erinnerte sich Eley weiter, wurden damals von englischen Historikern einfach nicht geschrieben. Unter den weiteren Autoren, die ihn beeinflussten, seien außer Kehr, Fischer und Rosenberg auch Helmut Böhme, Hans-Jürgen Puhle, Dirk Stegmann, Peter-Christian Witt und Michael Stürmer gewesen³⁾.

Während diese und andere Historiker damals mit neuen Fragestellungen und neuem Archivmaterial die Geschichte des Kaiserreichs aufarbeiteten, wurden zur gleichen Zeit auch neue Anläufe zur Analyse des Dritten Reiches unternommen. Auf der einen Seite begann das Ringen um strukturalistische Erklärungen für die radikale Dynamik des Hitler-Regimes, die — wenn auch mit unterschiedlicher Methodik und Thesenbildung — sowohl Hans Mommsen oder Martin Broszat als auch Andreas Hillgruber oder Klaus Hildebrand beschäftigte⁴⁾. Hier wurde der Nationalsozialismus gewissermaßen von „oben“ her untersucht, als bürokratischer Apparat und als politisches Entscheidungssystem. Auf der anderen Seite versuchten beispielsweise der britische Historiker Tim Mason und der Amerikaner Da-

³⁾ Die einschlägigen Studien dieser Autoren waren: E. Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik, 1894—1901*, Berlin 1930; F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, Düsseldorf 1964; H. Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*, Berlin 1967; H. Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, Köln 1966; H.-J. Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich*, Hannover 1967; D. Stegmann, *Die Erben Bismarcks*, Köln 1970; P.-Chr. Witt, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913*, Lübeck 1970; M. Stürmer (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland*, Düsseldorf 1970.

⁴⁾ Siehe z. B. H. Mommsen, *Beamtenum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966; M. Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969; A. Hillgruber, *Hitlers Strategie*, Frankfurt 1965; K. Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1933—1945*, Stuttgart 1970. Als guten Einstieg in die daraus später entstandene Kontroverse über Struktur und Grundcharakter des Dritten Reichs zwischen Mommsen u. a. einerseits und Hildebrand u. a. andererseits siehe G. Hirschfeld/L. Kettenacker (Hrsg.), *Der ‚Führerstaat‘*, Stuttgart 1981.

¹⁾ Zur westdeutschen Geschichtswissenschaft siehe allgemein: G. G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1972², S. 338 ff.; vgl. dort auch zu W. Conzes Ansatz die strukturanalytischen Arbeiten K. D. Brachers, die von der Politikwissenschaft beeinflusst waren.

²⁾ G. Eley, *From Unification to Nazism*, London-Boston 1986, S. 7 f.

vid Schoenbaum die Realität der viel beschworenen NS-Volksgemeinschaft von „unten“ her an der Graswurzel der deutschen Gesellschaft zu erfassen⁵).

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die unterschiedlichen Perspektiven zu verschiedenen Epochen der modernen deutschen Geschichte darzustellen. Soweit es die „Bielefelder“ Interpretation des Kaiserreichs betrifft, liegen inzwischen eine Reihe von kritischen Würdigungen aus dem In- und Ausland vor⁶). Aber auch das Interesse, das die neuen Arbeiten über das Dritte Reich erregten, spiegelt sich in diversen historiographischen Arbeiten in deutscher, englischer und französischer Sprache⁷).

So aufschlußreich diese Rückblicke auf den Gang der Forschung auch sein mögen, durchweg bleibt ein für das Verständnis der westdeutschen Geschichtswissenschaft sehr wichtiger Faktor ausgeblendet: nämlich daß Historiographie in Deutschland von jeher immer auch starke Gegenwarts- und Zukunftsbezüge besessen hat. Diese Tradition hat sich bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Im Vergleich mit anderen westlichen Ländern ist der „pädagogische“ Impuls in der Bundesrepublik — wie unter anderem Vorzeichen übrigens auch in der DDR — bemerkenswert stark ausgeprägt.

Im folgenden soll es nicht um den von Nolte ausgelösten „Historikerstreit“ im engeren Sinne gehen, zumal so gut wie alle Argumente zu diesem Thema seit dem Sommer 1986 in zahlreichen Artikeln in der Tages- und Wochenpresse durchgeprobt worden sind. Vielmehr dreht es sich hier um die Frage, was der Debatte um historisch inspirierte „Sinndeutung“ und „Identitätsstiftung“ zugrundeliegt und welche Macht- und Einflußlagen innerhalb und außerhalb der Historikerschaft sich in ihr spiegeln. Was jetzt die Gemüter in einer breiteren Öffentlichkeit bewegt, schwelte nämlich seit etwa zehn Jahren unter der Oberfläche. Daß es Noltés Thesen waren, die zur Eruption führten, liegt zum einen gewiß daran, daß durch kein anderes Thema so viele zentrale und grundsätzliche Fragen der deutschen Ver-

gangenheit und ihrer Implikationen für die Gegenwart angeschnitten werden wie durch die Frage der Praktizierung des nationalsozialistischen Rassenwahns. Das lange Schwelen des nun offen ausgebrochenen Konflikts ist nicht zuletzt aber auch darauf zurückzuführen, daß jene Historiker, die Jürgen Habermas in seiner Initiative direkt oder indirekt unterstützt haben, bis dahin stärker in einer anderen Kontroverse engagiert waren, nämlich der Diskussion um Vor- und Nachteile der Alltagsgeschichte.

Im Anschluß an ähnliche Bewegungen in Frankreich und den angelsächsischen Ländern hatte dieses Genre historischer Forschung in den letzten Jahren auch verstärkt die Bundesrepublik Deutschland erfaßt. Die westdeutsche Alltagsgeschichtsforschung brachte wie anderswo auch Grundsatzklärungen zu ihrer Programmatik hervor⁸) und produzierte bedeutsame und innovative Veröffentlichungen, aber auch mancherlei problematische Projekte, die kaum Bestand haben werden. „Erkenntnisinteresse, Möglichkeiten und Grenzen“ dieses Einstiegs in die Geschichte sind kürzlich von Peter Steinbach in einem leistungswerten Aufsatz behandelt worden⁹). Steinbach verzeichnet allenfalls die Ursprünge der alltagsgeschichtlichen Richtung, die er stark nach Frankreich verlagert, während insgesamt das angelsächsische und vor allem das britische Vorbild der *popular history* entscheidender gewesen sein dürfte.

Bereits in den sechziger Jahren war es in England unter dem Einfluß der Thompson-Schule zu Projekten, „Geschichtswerkstätten“ und Zeitschriftenneugründungen gekommen, in denen die neuere britische Geschichte in erster Linie von „unten“ als die Geschichte einer sich selbst mobilisierenden und sich kulturell selbständig artikulierenden Industriearbeiterklasse begriffen wurde¹⁰). Die dort entwickelten Methoden und Fragestellungen wurden von anglo-amerikanischen Deutschland-Historikern aufgegriffen und auf Themen der deutschen Geschichte angewandt¹¹). Soweit es die Aufarbeitung der Geschichte des

⁵) T. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975; D. Schoenbaum, Die braune Revolution, Köln 1968 (engl. 1966).

⁶) Siehe z. B. J. Veit-Brause, Zur Kritik an der Kritischen Geschichtswissenschaft, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, (1984) 1, S. 1—24; R. G. Moeller, The Kaiserreich Recast?, in: Journal of Social History, (1984) Sommer, S. 655—683, sowie die beiden Aufsätze von J. N. Retallak und R. Fletcher, in: German Studies Review, (1984) 3, S. 423 ff.

⁷) Siehe z. B. P. Ayçoberry, La Question nazie, Paris 1979; K. Hildebrand, Das Dritte Reich, München 1979; I. Kershaw, The Nazi Dictatorship, London 1985.

⁸) H. Medick, „Missionare im Ruderboot?“, in: Geschichte und Gesellschaft, (1984) 3, S. 295—319.

⁹) P. Steinbach, Geschichte des Alltags — Alltagsgeschichte, in: Neue Politische Literatur, (1986) 2, S. 249—273.

¹⁰) E. P. Thompson, The Making of the English Working Class, London 1963. Guter Forschungsüberblick: B.-J. Wendt, Tendenzen und Ergebnisse der englischen Sozialgeschichtsschreibung zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte, 1984, S. 495—554.

¹¹) Siehe z. B. D. Crew, Town in the Ruhr, New York 1979; D. Blackburn, Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany, New Haven 1980; G. Eley, Reshaping the German Right, New Haven 1980.

Dritten Reiches aus dieser sozialgeschichtlichen Perspektive betrifft, müssen an vorderster Stelle die Veröffentlichungen von Mason genannt werden¹²). Seine Arbeiten implizierten eine Kritik an der Regime- und Elitenfixierung der bisherigen westdeutschen Forschung. Vor allem aber regten sie eine jüngere Generation von Historikern zu Untersuchungen der alltagsgeschichtlichen Erfahrung und Lage der Unterschichten während der Hitler-Diktatur an¹³).

Sehr ähnlich war die Argumentation, die etwa zur gleichen Zeit aus einem Kreis britischer Historiker gegen das „Bielefelder“ Bild der Geschichte des Kaiserreichs vorgetragen wurde. Die Fischer-Schule, Wehler und andere — so die Kritik — hätten trotz ihrer Abwendung von der alten Politikgeschichte und trotz ihres Aufgreifens sozialgeschichtlicher Fragestellungen die bismarcksche und wilhelminische Zeit immer noch zu sehr aus der Perspektive der Führungsschichten und von „oben“ her gesehen. Ihre kürzeste Ausprägung erhielt die hier entstehende Gegenposition damals durch Richard Evans (University of East Anglia) in seiner Einleitung zu einer Essaysammlung über Gesellschaft und Politik im Kaiserreich¹⁴). Die westdeutschen Revisionisten, meinte Evans, betrachteten „politische Prozesse, Veränderungen und Einflüsse nicht als von unten nach oben, sondern von oben nach unten fließend — auch wenn es diesmal die den Staat kontrollierenden Eliten sind und nicht die soziologisch weniger faßbare Einheit des Staates an sich. Das Verhalten und die Vorstellungen der Massen werden mit Hilfe von Einflüssen erklärt, die durch manipulierende, an der Spitze der Gesellschaft stehende Eliten auf sie ausgeübt werden. Das Deutsche Reich wird als ein Puppentheater dargestellt, in dem die Junker und die Industriellen die Fäden ziehen, während die Mittel- und Unterklassen in eckigen Bewegungen bis zum Schlußakt des Dritten Reiches über die Bühne der Geschichte tanzen.“

Diese Kritik an der neueren Geschichtsschreibung über das Kaiserreich weitete sich bald zu einer Attacke gegen die These von einem deutschen Sonderweg aus und kulminierte 1980 in einem Band, den Eley und der Londoner Historiker David Blackbourn in deutscher Sprache mit

dem provozierenden Titel *Mythen deutscher Geschichtsschreibung* (Frankfurt 1980) veröffentlichten. Vor allem auf den von Eley verfaßten Teil des Buches, der von Vereinfachungen, Mißdeutungen und Verzerrungen alles andere als frei ist, haben die Angegriffenen scharf reagiert¹⁵).

Im Hinblick auf unser Thema ist an dieser Debatte zweierlei relevant: Zum einen beanspruchten die Diskussionen über die Art und Weise, wie eine Geschichte der deutschen Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert am besten zu schreiben sei, erhebliche Energien der Beteiligten. Dies um so mehr, als sich die Welle einer Sozialgeschichte von „unten“ im Anschluß an ähnliche Entwicklungen im übrigen Westeuropa und in Nordamerika auch in der Bundesrepublik ausdehnte.

Zum anderen zwangen sie beide Seiten zu einem erneuten Überdenken der Stärken und Schwächen ihres jeweiligen Ansatzes. Vor allem Wehler hat den Alltagshistorikern mangelnde Rationalität und einen theoriefeindlichen neohistoristischen Illusionismus vorgeworfen, die fundamentale Probleme der Machtausübung, Bürokratisierung und Verrechtlichung moderner Industriegesellschaften nicht zu erfassen vermöchten¹⁶). Nicht zuletzt aber bestehe die Gefahr, daß „aus dem Interesse an den sozialen Kosten westlicher Modernisierung ... leicht eine Fundamentalopposition gegen die okzidentale Modernisierung überhaupt“ werde.

Hier gelte es daher, „unmißverständlich Farbe zu bekennen“. Wohl sei vielen „die Vieldeutigkeit westlicher Rationalität und Rationalisierung ... längst bewußt. Auch die Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus folgte zweckrationaler Planung. Rationale Wissenschaftler erfinden beispiellose Zerstörungswaffen.“ Dennoch gebe es „eine spezifisch westliche Wertrationalität, einen positiven Rationalisierungsbegriff vernünftig angeleiteten Handelns, argumentativen Diskutierens, rationalen Planens, Forschens und Verhaltens, deren Verteidigung sich auch und gerade heute allemal lohnt. Wenn das Erbe dieser gewaltigen historischen Leistung der okzidentalen Modernisierung gegen den biedereren Hirsebrei der Alltagsgeschichte ‚von unten‘ und ‚von innen‘ verkauft werden soll, steckt darin eine naive, deprimierende Zumutung. Politisch aber ist es in der gegenwärtigen Lage ein billiger Defätismus

¹²) Siehe oben Anm. 5.

¹³) Siehe z. B. I. Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich*, Oxford 1983. Einflußreich auf amerikanischer Seite war auch die frühe Studie von W. S. Allen, *The Nazi Seizure of Power*, Chicago 1965. Inzwischen ist die Liste westdeutscher und angelsächsischer Studien zu diesen Themen außerordentlich lang geworden.

¹⁴) R. J. Evans (Ed.), *Society and Politics in Wilhelmine Germany*, London 1978, S. 23.

¹⁵) Siehe z. B. H.-U. Wehler, „Deutscher Sonderweg“ oder allgemeine Probleme des westlichen Kapitalismus, in: *Merkur*, (1981) 5, S. 478—487; H.-J. Puhle, *Deutscher Sonderweg*, in: *Journal für Geschichte*, (1981) 4, S. 44—45.

¹⁶) Siehe z. B. H.-U. Wehler, *Geschichte — von unten gesehen*, in: *DIE ZEIT* vom 3. 5. 1985, S. 64, auch für die folgenden Zitate.

gegenüber dem längst nicht überholten Entwicklungsniveau des eigenen Kulturkreises.“

Jenseits solcher Worte, die mancherlei Unmut erregt haben und der wir uns weiter unten noch mit Bezug auf Noltes Thesen erneut zu erinnern haben werden, wird man aber sagen können, daß sich die Debatte um die Geschichte von „unten“ als fruchtbar erwiesen hat. Sie hat die Verbindung zu einer weiteren internationalen Forschungsrichtung hergestellt und viel, bisher unangestastetes Quellenmaterial zutage gefördert¹⁷⁾. Vor allem aber haben die beiden Seiten auf die Kritik an ihren jeweiligen Schwachpunkten einzugehen versucht und Verbesserungen vorgenommen.

So ist sich die westdeutsche Alltagsgeschichte des Aspekts der Herrschaft in ihren verschiedenen Formen stärker bewußt, als dies bei der britischen *popular history* der Fall gewesen ist¹⁸⁾. Umgekehrt haben die „Bielefelder“ durchaus eingeräumt, daß „Geschichte ‚von unten‘ als Ergänzung bisher vorherrschender Perspektiven, als Wiedergutmachung, als Korrektur am gängigen Geschichtsbild ... durchaus berechtigt“ sei, auch wenn es „letztlich nur Durchgangsstationen“ seien, „bis ein vielseitiges, ausgewogenes, differenziertes Gesamtbild“ entstehe¹⁹⁾. Denn eine umfassende Gesellschaftsgeschichte könne aus der alltagsgeschichtlichen Perspektive allein eben auch nicht geschrieben werden.

¹⁷⁾ Nicht zuletzt der Aspekt der Materialaufbereitung scheint mir auch für die künftige Forschung wichtig, da viele Historiker der älteren Generation nicht mehr allzu häufig in die Archive gehen. Im übrigen kam im Anschluß an internationale Entwicklungen schließlich auch in der Bundesrepublik die *oral history* sowie die Frauengeschichte in Gang.

¹⁸⁾ Siehe z. B. F.-J. Brüggemeier, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau, 1889—1919*, München 1983; D. Peukert/J. Reulecke (Hrsg.), *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981. In England kam die Kritik an dem wachsenden Pointillismus der Thompson-Schule z. T. bezeichnenderweise wieder von britischen Deutschland-Historikern. Siehe G. Eley/K. Nield, *Why does Social History ignore Politics?*, in: *Social History*, (1980) Mai, S. 249—271. Daß es nicht bei einer unfruchtbaren Polemik blieb, läßt sich auch am Verlauf der Sonderwegsdebatte feststellen. Siehe die überarbeitete englische Fassung von *Mythen deutscher Geschichtsschreibung*: G. Eley/D. Blackbourn, *The Peculiarities of German History*, Oxford 1984. Siehe jetzt auch: H. Grebing, *Der ‚deutsche Sonderweg‘ in Europa (1806—1945). Eine Kritik*, Stuttgart 1987.

¹⁹⁾ So H.-U. Wehler, *Königsweg zu neuen Ufern oder Irrgarten der Illusionen? Die westdeutsche Alltagsgeschichte: Geschichte ‚von innen‘ und ‚von unten‘*, in: F. J. Brüggemeier/J. Kocka (Hrsg.), *Geschichte von unten — Geschichte von innen. Kontroversen um die Alltagsgeschichte*, Fernuniversität Hagen 1985, S. 39. Siehe auch J. Kocka, *Sozialgeschichte*, Göttingen 1986², insbes. Kap. IV; H. Süssmuth (Hrsg.), *Historische Anthropologie*, Göttingen 1984.

Während sich große Teile der westdeutschen Historikerschaft in den letzten zehn Jahren auf diesem auch international bedeutsamen Forschungsfeld betätigt haben²⁰⁾, kam es innerhalb der Generation, die die Neuorientierung der sechziger Jahre mitgetragen hatte, zu einer Absetzbewegung von den „Bielefeldern“, deren Bedeutung erst jetzt vor dem Hintergrund des neuerlichen „Historikerstreits“ voll erkennbar wird. Wie es zu dieser Bewegung kommen konnte, wird die Geschichte der Geschichtswissenschaft in Zukunft gewiß noch ausführlicher beschäftigen. Hier können lediglich einige Wendemarken angedeutet und erste Durchblicke geboten werden.

Dies soll anhand der wissenschaftlichen und ideologischen Entwicklung eines Historikers geschehen, in dessen Karriere sich die verschiedenen Tendenzen innerhalb der Absetzbewegung besonders gut bündeln lassen: Michael Stürmer. Sein Name ist in den letzten Jahren nicht nur unter Fachkollegen bekannt geworden. Er tritt in Fernsehdiskussionen auf, schreibt Kolumnen zu politischen und historischen Themen in *Burdas Die Bunte* und in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, agierte zeitweilig als Berater Helmut Kohls und sitzt in diversen Beiräten und Gremien von Stiftungen und anderen Organisationen.

Vor allem aber hat er die methodologischen und ideologischen Positionen einer Reihe von anderen Historikern in sich aufgenommen und mit erheblichem Geschick synthetisiert. Er beherrscht eine durchaus einprägsame, bildhafte Sprache in Wort und Schrift und ist derjenige in einem einflußreichen größeren Kreis, der den Schritt in die Große Politik am konsequentesten getan hat. Dabei hat er zugleich den Führungsanspruch der Geschichtswissenschaft angemeldet als „einer fundamentalen Disziplin des Denkens ... , fundamental nicht allein im Gefüge der Geisteswissenschaften, wo sie gegen die mächtige Mode szientistischer Daseinsdeutung steht; fundamental auch im Gefüge einer Politischen Kultur, deren geschichtliche Prägung bis heute ihre stärkste blieb“²¹⁾. Von diesem Postulat ausgehend, artikuliert Stürmer besonders häufig das Unbehagen gleichgesinnter Kollegen an den *Dissonanzen des Fortschritts*²²⁾. Wie er dazu gekommen ist und was er damit meint, soll anhand einiger seiner Schriften eruiert werden.

²⁰⁾ Insgesamt konnten vorstehend nur einige Literaturhinweise gegeben werden. Die Vielfalt und Lebendigkeit der Forschungen auf diesem Feld ist bemerkenswert.

²¹⁾ M. Stürmer, *Kein Eigentum der Deutschen: die deutsche Frage*, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), *Die Identität der Deutschen*, München 1983, S. 83.

²²⁾ M. Stürmer, *Dissonanzen des Fortschritts*, München 1986. Siehe auch ders., *Begriffsgeschichte oder der*

II.

Stürmer schrieb seine Doktorarbeit bei dem der SPD nahestehenden Zeitgeschichtler Erich Matthias über Probleme von Koalition und Opposition in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik. Die 1967 veröffentlichte, immer noch wichtige Studie verband (verfassungs)historische mit politikwissenschaftlichen Ansätzen, wie sie von Matthias vertreten wurden²³). Als Matthias Mitte der sechziger Jahre von Marburg nach Mannheim übersiedelte, zog Stürmer mit ihm und begann seine Habilitation zu Fragen der Parlaments- und Parteiengeschichte der Bismarckzeit.

Unvermeidlich hatte er sich auch mit der Innenpolitik des ersten Reichskanzlers auseinanderzusetzen und ließ es dabei an einer sehr kritischen Einschätzung dieser Politik nicht fehlen. Das geht etwa aus einem längeren Aufsatz hervor, der 1969 erschien und sich kritisch mit Bismarcks „Drohung einer Verfassungsrevision von oben“ gegen die Gefahr einer Parlamentarisierung sowie mit anderen Regierungstechniken des Kanzlers beschäftigte²⁴); seien doch des Kanzlers Kalkulationen, „mit der Proskription der Sozialdemokraten, der Durchsetzung des Primats der wirtschaftlichen Interessen und dem Übergang zu einem die gesellschaftliche Machtverteilung konservierenden Wirtschaftsnationalismus“ Mittel gegen die schleichende Parlamentarisierung zu gewinnen, nicht aufgegangen. Denn „die permanente Strukturkrise des deutschen Herrschaftssystems“ sei „im Grunde ungelöst“ geblieben.

Nur wenige Monate später erschien sodann aus Stürmers Feder eine ausführliche Rezension von Wehlers *Bismarck und der Imperialismus*, dessen kritische Beurteilung des Kaiserreichs und der Politik des Kanzlers er über weite Strecken zu-

stimmend referierte²⁵). Dementsprechend findet man dort folgende Sätze „zur Revision des überkommenen Geschichtsbilds“: „Die Wirtschaftskrise [der 1870er Jahre] verschärfte die Klassen Spannungen und schürte jenes latente Krisenbewußtsein, das zum ideologischen Motor der überseeischen Politik werden sollte. Die Angst vor der Revolution, die seit 1848 bürgerliche Wohnstuben und industrielle Kontore, Staatskanzleien und Kasernenhöfe durchzog, wurde wach und verdrängte die Euphorie der Gründerzeit... Da man um jeden Preis wirtschaftliche Prosperität erreichen und auf diese Weise das Gesellschaftsgefüge konservieren wollte, war es das Hauptziel, Märkte zu gewinnen und zu sichern, nicht aber unbedingt Kolonien zu erobern. Dabei traf eine unreflektierte, gleichsam im Zustand politischer Unschuld agierende Form des Kolonialenthusiasmus mit durchaus manipulativen Ausdrucksformen des Aktivismus zusammen. Beide formten eine Ablenkungsstrategie großen Stils, geleitet von der ‚konservativen Utopie‘... einer bewegungsarmen Gesellschaftsordnung mit starrem Sozialgefüge und unverrückbarem Wertesystem.“

Dieselbe Ablenkungsstrategie lasse sich auch später unter Wilhelm II. erkennen, als es darum gegangen sei, mit Hilfe von Flottenbau und Weltpolitik das Bestehende „gegen den Bazillus des industriewirtschaftlichen Wandels“ zu immunisieren.

Auch mit Wehlers Gebrauch sozialwissenschaftlicher Methoden und seinen theoriegeleiteten, aus der Gegenwart erwachsenden Fragestellungen hat Stürmer keine ernstesten Probleme. Denn „im Prinzip zumindest besteht Übereinstimmung, daß moderne Geschichtswissenschaft nicht auskommt, ohne die Grenze zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaft zu überschreiten.“ Sie mache ebenso „von begrifflicher Abstraktion und theoretisch vorstrukturierten, durch wissenschaftliche Kritik erhärteten Erklärungsmodellen zunehmend Gebrauch. Es ist zu einem Gemeinplatz geworden, daß Geschichtsschreibung der ständigen Reflexion ihrer eigenen Abhängigkeit von vielfältigen gesellschaftlichen und politisch-historischen Prozessen bedarf.“ Daß Bismarcks Politik in Wehlers Analyse dabei „moralisch und politisch auf die Verliererseite“ gerät, ist für Stürmer weniger bedeutsam als dessen explizites Ziel einer „gegenwartskritische[n] Bewußtseinsbildung“, habe doch schon Theodor Mommsen ge-

Abschied von der Schönen Neuen Welt, in: *Der Staat*, (1978) 2, S. 278: „Was den Fortschrittsgedanken von Marx und Engels auszeichnete, waren die konsequent ökonomische Begründung, der vom Klassenkampf bestimmte Bewegungsrhythmus und die Verheißung des herstellbaren Endzustands. Seitdem steht der Fortschrittsbegriff des 19. Jahrhunderts wie versteinert im Credo der kommunistischen Welthälfte, während die politischen Kulturen der anderen Welthälfte mit dem Bewußtsein zu leben haben, daß Fortschritt und Fortschrittsglaube abhanden kamen. Denn unübersehbar besteht das Dilemma des Fortschritts darin, daß er das Ziel bedroht, das ihn doch erst rechtfertigt — die Idee des Menschen.“

²³) M. Stürmer, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik, 1924—1928*, Düsseldorf 1967.

²⁴) M. Stürmer, *Staatsstreichgedanken im Bismarckreich*, in: *Historische Zeitschrift*, (1969) 209, S. 611 f.

²⁵) M. Stürmer, *Revolutionsfurcht und überseeische Expansion im Zeitalter Bismarcks*, in: *Neue Politische Literatur*, (1970) 2, S. 188—198. Zitate S. 191 f., 197 f.

sagt, „daß die Historie sich der ‚Pflicht politischer Pädagogik‘ nicht entziehen könne“.

Zur gleichen Zeit, als er diese Worte veröffentlichte, bereitete Stürmer eine Sammlung von Essays zum 100. Jahrestag der Reichsgründung vor. Ursprünglich sollte der Band in Zusammenarbeit mit dem renommierten Kölner Historiker Theodor Schieder entstehen. Doch kam es zwischen beiden zu konzeptionellen Differenzen, nicht zuletzt deshalb, weil Schieder das Buch auf die unmittelbare Reichsgründungszeit beschränken wollte. Stürmer hingegen kam es gerade darauf an, durch eine längsschnittige kritische Analyse des Kaiserreichs auf die Konsequenzen der Bismarckschen Politik hinzuweisen. Er machte sich daher selbständig und rekrutierte für seinen Band eine Garde von Historikern, die damals für eine Überprüfung des herkömmlichen Bildes über die deutsche Innen- und Außenpolitik von 1871 bis 1918 eintraten, darunter nicht nur Wehler, Jürgen Kocka, Böhme, Puhle und Manfred Messerschmidt, sondern auch Hillgruber und Hildebrand²⁶⁾.

Wie stark sich Stürmer 1971 auf dieser Linie bewegte, geht nicht nur aus seinen eigenen zwei Beiträgen zu der Anthologie hervor, sondern noch deutlicher aus einer 30seitigen Untersuchung über „Bismarck-Mythos und Historie“, die im selben Jahr in dieser Zeitschrift erschien²⁷⁾. Dort findet sich zunächst eine Abrechnung mit der älteren Bismarckforschung, die unter dem Primat der Außenpolitik gestanden hatte. Dagegen stelle sich, so schrieb Stürmer, mehr und mehr die Frage, „inwieweit nicht Bismarcks Gleichgewichtspolitik im europäischen Rahmen unlösbar mit dem Kampfkurs im Innern verkoppelt“ gewesen sei. Auch der deutsche Aufbruch in den Imperialismus sei nicht erst ein Phänomen der wilhelminischen Zeit gewesen, sondern sei, „wenn auch im Grunde nur widerwillig und tastend“ angebahnt, schon Bismarck als „Ausweg aus den Gefahren der wirtschaftlichen Stagnation und der sozialen Revolution“ erschienen. Im weiteren stellt Stürmer die Frage „nach den Auswirkungen jenes eigentümlich zukunftslosen und unfruchtbaren Konservatismus, der das Gesicht der inneren Politik in der späten Bismarckzeit prägte und auch der auswärtigen Politik Ziel und Grenze setzte“. Mußte dieser Konservatismus, so fragte er weiter, „als Damm gegen die von der Industriellen Revolution in Gang gesetzte Erosion der sozialen und politischen Werte- und Machtpyramide errichtet, nicht letztlich die Bela-

stungen noch verstärken, die durch Deutschlands Mittellage von Anfang an vorgegeben waren?“

Vor dem Hintergrund solcher Positionsbestimmungen geht Stürmer mit „dem überwiegenden Teil der Fachhistorie“ ins Gericht, dem es nicht gelungen sei, „das in der Nachfolge Rankes errichtete Gebäude politisch-staatlicher Geschichte zur Seite der Sozialwissenschaften hin aufzubrechen und damit das kritische Instrumentarium zu gewinnen, um die im Gefolge der Reichsgründung vertieften gesellschaftlichen Bruchlinien sichtbar zu machen“. Zwar habe es in der Weimarer Zeit einige Außenseiter gegeben, „die den seit 1848 verschütteten liberaldemokratischen Entwicklungslinien“ der deutschen Geschichte nachgegangen seien; dennoch dauerte es bis zu den sechziger Jahren, ehe sich dieser Ansatz durchsetzte und damit auch den Bismarck-Mythos zerstörte. Nun sei klarer erkannt worden, wie sehr des Reichskanzlers Strategie der Revolution von oben „das Verhältnis von gesellschaftlicher Entwicklung und preußisch-deutscher Staatspolitik mit einer schweren Hypothek belastet [habe]. Bismarcks auf die Erhaltung des Klassenstaats gerichtete Staatsführung schuf nicht Stabilität, sondern nur den Schein davon.“ Gewiß, er sei getrieben worden durch „eine traumatische Furcht vor der Revolution, nur erklärbar auf dem Hintergrund der Märzereignisse von 1848 und auf dem Hintergrund eines Zeitalters, dessen ideologische Fronten sich im Für und Wider der Revolution gebildet hatten“. Die gleiche Furcht „vor der sozialen und politischen Revolution und die daraus erwachsende Akklamationsbereitschaft gegenüber dem starken Staat“ habe auch die bürgerliche Bewegung durchdrungen und zu ihrer Kapitulation gegenüber den cäsaristischen Herrschaftstechniken des Reichskanzlers geführt.

Abschließend kam Stürmer dann auf die Kontinuitätsproblematik bis 1945 zu sprechen. Er bezog sich dabei zunächst auf Hillgruber, der 1969 zu einem Durchdenken der Konsequenzen angeregt hatte, „die sich aus der spezifischen Verschränkung innen- und außenpolitischer Momente am Ausgangspunkt des Weges zur preußisch-deutschen Großmacht für ihre gesamte folgende Geschichte“ ergeben hätten. Stürmers Antwort darauf lautete: „Trotz aller Brüche, die im Grunde als Verschärfung der industriellen Wachstumsprobleme, Perfektionierung der Militär- und Massenbeeinflussungstechnik und als zunehmende Belastung der außenpolitischen Lage zu begreifen sind, überwiegen in der Sicht mancher und vor allem jüngerer Historiker heute die Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten auf dem Weg von 1871 bis 1945.“ In diesem Zusam-

²⁶⁾ Wie in Anm. 3.

²⁷⁾ Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/71, vom 16. 1. 1971, S. 3—30. Zitate passim.

menhang zitierte er seinen Mannheimer Kollegen Hildebrand, der 1969 geschrieben hatte: „Alle drei Repräsentanten deutscher Politik, Bismarck, Tirpitz und Hitler, standen grundsätzlich im Dienste einer Utopie: nämlich innenpolitisch einen Gesellschaftszustand zu zementieren und eine Sozialordnung unter Quarantäne zu stellen, die vom Bazillus der industriewirtschaftlichen Veränderung bereits ergriffen war.“ Stürmers Schluß daraus, soweit es die Geschichte des Kaiserreichs betraf, lautete: „Unter dem Primat der inneren Politik blieb in Gestalt von Staatsstreichdrohung und Cäsarismus, im Export der inneren Krise nach Übersee und in dem Griff nach maritimer Macht nur die Flucht nach vorn als ‚Ultima ratio‘ des konservativen Deutschland gegenüber der industriellen Massengesellschaft. Am Ende aber wurde das Gesetz, unter dem das Bismarckreich gegründet worden war, ihm in der tödlichen Krisis, die 1914 begann, zum Verhängnis.“²⁸⁾

Auch in den nächsten Jahren kam Stürmer bei aller Kritik an Bismarck vom Kaiserreich nicht los. Er unternahm später zwar einen Ausflug in die Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts, als er Handwerkskultur und höfisches Leben untersuchte²⁹⁾. Aber diese Arbeiten sind wohl richtiger bewertet, wenn man sie mit einer über lange Jahre erworbenen hohen Sachkenntnis für alte Möbel in Zusammenhang bringt, die er mit kulturhistorischen Interessen verband, ohne sich damit für immer als Fachhistoriker in jener Epoche bewegen zu wollen.

Inzwischen hatte er sein Verständnis der Bismarckzeit nämlich insofern verfeinert, als er zu der Auffassung kam, im Zeitalter der Industriegesellschaft liege der Schlüssel für zentrale Probleme der deutschen Geschichte in der Dialektik von nationaler Frage und Klassenfrage, in der Wechselbeziehung von Innen- und Außenpolitik. Und mehr und mehr schien ihm der Bismarcksche Cäsarismus als Ablenkungsstrategie hierbei das Scharnier zu bilden.

Genau diesem Problem wandte er sich daher in einem Aufsatz über „Bismarckstaat und Cäsarismus“ zu, der 1973 in der Zeitschrift *Der Staat* veröffentlicht wurde³⁰⁾. In durchaus revisionistischer Manier identifizierte er darin „Thron und

Altar, Kasernenhof und Gutshaus“ als „die Fundamente politischer Herrschaft im Deutschen Reich“. Gegenüber diesem Sozialmilieu sei der Cäsarismus „ein modernes Stilelement“ gewesen: „eine Technik der Macht, die den vorindustriellen Machteliten eine Brücke ins Massenzeitalter“ geschlagen habe. Denn „in der cäsaristischen Herrschaft ungleich schärfer als im konstitutionellen Staat kam die epochaltypische Alternative zur sozialen und politischen Revolution zum Ausdruck“.

Im weiteren ging Stürmer dann auf das Wirken dieser „Alternative“ ein. Unter Bezugnahme auf Otto Hintze, der „auf den unlösbaren Zusammenhang von Staatensystem und innerstaatlicher Verfassungsentwicklung“ hingewiesen habe, meinte er, „die ‚deutsche Frage‘ im 19. Jahrhundert, das Problem der europäischen Mittellage Deutschlands und der heerkaiserlichen Entstehung des deutschen Nationalstaats“, lasse sich nicht „von dem cäsaristischen Element der Bismarckverfassung“ trennen. So erkläre es sich, daß „die Technik ‚sekundärer Integration‘“ Bismarck schon vor 1871 „als wichtigstes Mittel der Konfliktbewältigung“ gedient habe: Das habe bis zur Reichsgründung bedeutet, „daß die inneren Gegensätze auf das Feld der Großmachtpolitik und der nationalen Frage verlagert“ worden seien.

Nach 1871 habe sich zwar „nur noch mit Vorsicht... an der auswärtigen Politik das Instrumentarium zur Bewältigung innerer Konflikte schärfen“ lassen. Dennoch seien immer wieder „die inneren Probleme auf die auswärtige Politik durchgeschlagen, deutlich und sichtbar in den Reichstagswahlen von 1884 und 1887“. Damals habe Bismarck versucht, mit kolonialer und nationalistischer Agitation Stimmen zu fangen, während er zugleich „Beschwichtigungsnoten nach Ost und West“ sandte, „daß alles nicht so schlimm gemeint sei“ und „daß er darauf angewiesen“ sei, „Wahlen zu gewinnen“.

Mit dieser Stürmerschen Analyse des Bismarckschen Cäsarismus und der Dialektik von nationaler Frage und Klassenfrage haben wir nunmehr den Punkt erreicht, wo wir den Sprung in die frühen achtziger Jahre tun können, um Kontinuität und Weiterentwicklung seiner historisch-politischen Interpretation und Konzeption der deutschen Geschichte zu verfolgen. Einen guten Einstieg bietet ein Aufsatz, der 1981 im *Merkur* erschien³¹⁾. „Das Verhältnis von Nationalstaat und Klassengesellschaft“, so schrieb Stürmer, sei

²⁸⁾ Interessant für Stürmers damalige Position auch seine Rezension in dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Archiv für Sozialgeschichte, (1970) X, S. 461—464.

²⁹⁾ M. Stürmer (Hrsg.), *Herbst des Handwerks*, München 1979; ders., *Luxusgüter in der Knappheitsgesellschaft. Handwerkskultur und höfisches Leben im 18. Jahrhundert*, in: *Francia*, (1978) 6, S. 319—365.

³⁰⁾ M. Stürmer, *Bismarckstaat und Cäsarismus*, in: *Der Staat*, (1973) 4, S. 467—498. Zitate passim.

³¹⁾ M. Stürmer, *Nationalstaat und Klassengesellschaft im Zeitalter des Bürgers — Ein Versuch*, in: *Merkur*, (1981) 5, S. 465—477. Zitate passim.

deshalb „die entscheidende innenpolitische Dimension“, weil sie „auf Sinnstiftung und Konsens . . . wie auf Konflikt und übernationale Ordnung“ ziele. „Identität des Gemeinwesens“ — das sei „seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, mithin seit der Umgründung des alteuropäischen Nationbegriffs auf Naturrecht und Glücksverheißung und der Erfahrung neuer Klassenspaltung, die Frage nach Sinn und Form des Gemeinwesens, aus der die innere Legitimation staatlicher Macht“ erwachse. „Nationalstaat und Klassenstaat“ seien „im Zeitalter des Bürgers in wechselnde Verbindungen getreten, die allein der Begriff der Dialektik angemessen zu beschreiben“ vermöge.

Unter Rückgriff auf die Französische Revolution und die aus ihr entstehende „Nationalisierung der Massen“ leitete Stürmer im weiteren ab, die Massen hätten bei der Nation, aber parallel dazu zunehmend auch beim Klassenbegriff „Weltorientierung“ gesucht: „Beide Begriffe gewannen in dialektischer Bewegung seit der Sattelzeit um 1800 ihre neuzeitliche Bedeutung. Die neue Dialektik von Nation und Klasse, von Konsens und Konflikt wurde seitdem mehr mit Blut geschrieben als mit Tinte. Die Nationale Frage und die Soziale Frage lösten die großen Verfassungsprobleme des 19. und 20. Jahrhunderts aus.“ Dann aber trat eine Verschiebung ein. Denn „seit der russischen Oktoberrevolution 1917 und der damit verbundenen Erwartung auf Weltrevolution auf der Achse Moskau-Berlin . . . wurde das Mächtesystem des 19. Jahrhunderts überlagert durch Idee und Realität des Weltbürgerkrieges. Die Nation büßte ihr 1789 erobertes Monopol auf Sinngebung und Identitätsstiftung ein. Die Klassenutopie hob sie auf und erwies darin noch einmal die Affinität des Nationalen zur bürgerlichen Lebensform und Kultur des 19. Jahrhunderts.“

Mit anderen Worten: Stürmer zufolge stand seit 1917 „die Nation als sinnstiftende Kraft . . . in offener, tödlicher Konkurrenz zur kommunistischen Verheißung des Reichs der Freiheit und Gerechtigkeit für die vielen, wenn nur die wenigen den Preis der blutigen Diktatur des Übergangs zahlen würden“. Und als dann „die einheitsverbürgende Gestalt der Nation durch die revolutionäre Linke verneint wurde, war dies auch die Negation von 150 Jahren Geschichte des bürgerlichen Verfassungsstaats in Europa. Die Antwort auf diese radikalste aller Herausforderungen aber kam für Italien, für Deutschland nicht mehr aus dem Wertgefüge der Republik. Sie entstand aus den nationalistischen und vor allem den faschistischen Strömungen und Bewegungen der zwanziger Jahre, die auf Jugend, Technik, Ganzheit, korporative Formation, Füh-

ertum und nicht zuletzt noch einmal auf die verbindende Kraft der nationalen Identität setzten, die durch Vorkrieg und Krieg schon verzerrt war und nun — für Deutschland — den Klassenkrieg zum Rassenkrieg steigerte.“

Mit dieser Entwicklung sei die Nation „hinter der rassenbiologischen Utopie“ verschwunden. Denn, so fuhr Stürmer fort, es hieße Hitler verkennen, „wollte man in seiner Strategie nur die Steigerung sehen von Strömungen, die alle vor 1914 existierten“. Zwar habe er diese Strömungen ausgenutzt, „aber Hitlers Ort in der Geschichte war letztlich davon bestimmt, daß er die bolschewistische Revolution auslöschen wollte (E. Nolte)“. Dies habe er nicht anvisiert „zum Zwecke tauber Restauration jener älteren Staats- und Kultureliten, die er haßte“. Sein Ziel habe „jenseits des klassischen europäischen Nationbegriffs und überhaupt jenseits der bekannten Geschichte“ gelegen: „Endkampf um die rassenbiologisch begründete, durch Vernichtung der Juden, der Schwachen und der Zweifelnden gestählte und durch Unterwerfung aller anderen abgesicherte Herrschaft“. Kurzum, Hitlers Utopie war ein „tödlicher Traum vom Stillstand der geschichtlichen Bewegung — nichts anderes bedeutete die alte, lockende Formel des Milleniums, des Reiches der tausend Jahre (K. Hildebrand)“.

Nachdem Stürmer auf diese Weise seine Interpretation der deutschen Geschichte unter Rückgriff auf Nolte und Hildebrand welthistorisch erweitert hatte, vollzog er eine signifikante Wende in die Nachkriegszeit und Gegenwart. Es sei falsch, so schrieb er weiter, „mit dem Blick auf Mitteleuropa zu dem Schluß [zu] kommen, daß im Ersten Weltkrieg die identitätsstiftende Kraft der Nation Höhepunkt und Krise erreicht“ habe und dann „selbsterstörerisch in sich selbst“ ausgebrannt sei. Nicht nur der Blick auf Deutschlands heutige Nachbarn erweise die weiterbestehende identitätsstiftende Kraft der Nation; vielmehr erhalte sich auch „unter den getrennten Deutschen in Ost und West ein zähes Bewußtsein besonderer kultureller und geschichtlicher Zusammengehörigkeit“, weshalb auch seine Betrachtungen nicht 1945 enden könnten. Es komme lediglich darauf an, „jedes Denken über die Zukunft an der einen übermächtigen Verknüpfung der deutschen mit der gesamteuropäischen Vergangenheit zu orientieren: daß nämlich der Rechts- und Friedensverband des Alten Reiches, unfähig zum Angriff und machtvoll in der Verteidigung, über fast 200 Jahre durch Teilung, Gegengewicht und Gleichgewicht der Macht der Mitte dauerhafte Bedingungen des europäischen Friedens“ geschaffen habe. Selbst wenn „die deutsche Frage [weltpolitisch] seit mehr als

30 Jahren storniert“ sei, die nationale Frage sei „eine geistige Realität, deren Sprengkraft zur Zeit nicht meßbar“, deren „Dialektik [aber] auch in der Teilung gegenwärtig“ sei.

Möge die nationale Frage im Moment auch ruhen — befördert nicht zuletzt durch die „Tatsache, daß vorerst keine wesentliche Sozialgruppe, wie im Vormärz das Bürgertum von Bildung und Besitz oder nach 1848 die alten preußischen Eliten und die junge Arbeiterbewegung, mit der Einheit vitale materielle Interessen“ verbänden —, denjenigen, die die deutsche Frage am liebsten vergessen wollten, könne er aber auch die Gegenrechnung aufmachen: „Die deutsche Nation als Norm und Vorstellung ist, da sie vor Hitler da war und ihn auch überdauert hat, ein Stück permanente Identität über mehr als 200 Jahre. Der Vergleich mit anderen historischen Kulturen in Ost und West zeigt die Überlebenskraft des Nationbegriffs. Er erweist auch die Integrations- und Versöhnungskraft, die ihm innewohnt.“

Von diesem Postulat her kommt Stürmer am Ende seines Aufsatzes schließlich zu folgender Überlegung: „Solange Magie und Religion nicht neue Kraft gewinnen und solange die Verheißung der klassenlosen Gesellschaft das Neue Jerusalem so offenbar verweigert und statt Glück Zynismus sät, solange auch die europäische Einigung nicht in die sinnstiftende Nachfolge der Vaterländer eintritt, solange bleibt es schwer vorstellbar, daß die Nation nur noch als Erinnerungswert in die Bilanz unserer politischen Kultur einzubringen wäre. Es sei denn, die Menschen verzichten zum erstenmal in der bekannten Geschichte auf die Sinnfrage und die Transzendenz. Das aber steht nicht zu vermuten. Denn wie die Bibel sagt und wie die Geschichte seit der Französischen Revolution erweist, es lebt der Mensch nicht vom Brot allein.“

Es lohnt sich, auch diese Sätze Stürmers sehr sorgfältig zu lesen, um sie sodann mit seinen früheren Schriften rückzukoppeln. Denn seine historisch-politische Konzeption wird nur verständlich, wenn man sich seiner Analyse der Bismarckschen Innen- und Außenpolitik erinnert und diese jetzt mit dem verbindet, was seiner und seiner Kollegen Auffassung nach in den siebziger Jahren in der Geschichtswissenschaft, in den westdeutschen Universitäten und in der bundesrepublikanischen Gesellschaft passiert ist. Auf diesen Zusammenhang weist er gleich zu Beginn seines Aufsatzes im *Merkur* hin, als er auf einen „seit mehr als einem Jahrzehnt in der deutschen Fachhistorie“ bestehenden „Disput ... über den Vorrang von Staatengeschichte und Gesellschaftsgeschichte als Gegenstand und Methode

der historischen Zunft“ aufmerksam macht, der zugleich eine „Spiegelung einer weit über die Zunft hinausreichenden Unsicherheit“ sei. Zwei Jahre später faßte Stürmer das Problem sogar noch schärfer, als er von einem „Glaubenskampf... in der deutschen Fachhistorie“ sprach³²): „Gesellschaftsgeschichte als Gegenstand und Methode geschichtlicher Gegenwartsdeutung wird gegen Staatengeschichte und Machtpolitik gestellt, so als ob es um sich ausschließende, nicht um komplementäre Denksysteme ginge.“ Komplementär waren die beiden Denksysteme freilich nur im Sinne der Stürmerschen Dialektik, die ihm ein methodologisches und politisch-ideologisches Umkippen nach rechts offen gehalten hatte. Vor allem war er in dieser Hinsicht kein Einzelfall.

Für ein Verständnis dieser Entwicklung ist zunächst relevant, daß Hillgruber, bei aller Zustimmung zu der Forderung, die Politik der preußisch-deutschen Großmacht von 1871 bis 1945 neu zu durchdenken, die Erklärung dieser Politik aus der inneren Entwicklung der Gesellschaft nie behagt hatte. Schon 1973 hatte er sich daher in einem programmatischen Aufsatz um eine Neuformulierung der „Politischen Geschichte in moderner Sicht“ bemüht³³). Bald darauf und aus Gründen, die eine getrennte Analyse wert wären, entwickelte Hildebrand ein Mißtrauen gegen die „Bielefelder“ Art, die Außenpolitik eines Landes als Teil seiner innergesellschaftlichen Gesamtentwicklung zu sehen. Er vermutete hinter der Gesellschaftsgeschichte einen totalitären Anspruch und begann, die „Staatengeschichte“ als eigenständige Disziplin dagegenzusetzen³⁴).

Der Methodenstreit, der sich daraus mit Wehler und anderen entwickelte, war bitter genug³⁵). Was aber die Fronten weiter polarisierte und den Methodenstreit zum „Glaubenskampf“ steigerte, war die immer tiefere Überzeugung, daß der Revisionismus der sechziger Jahre mit seiner kritischen Perspektive der deutschen Geschichte die jüngere Generation und die zukünftigen Eliten des Landes an den Universitäten eingefangen habe. Schlimmer noch: Die „Bielefelder“ hatten angeblich „marxistischen Geschichtsutopien“ Vorschub geleistet, deren praktische Folgen sich

³²) M. Stürmer (Anm. 21), S. 83.

³³) A. Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift, (1973) 216, S. 529 ff.

³⁴) K. Hildebrand, Geschichte oder ‚Gesellschaftsgeschichte‘?, in: Historische Zeitschrift, (1976) 223, S. 328 ff.

³⁵) Siehe H.-U. Wehler, Kritik und kritische Antikritik, in: Historische Zeitschrift, (1977) 225, S. 347 ff. Siehe auch T. Nipperdey, Wehlers ‚Kaiserreich‘. Eine kritische Auseinandersetzung, in: Geschichte und Gesellschaft, (1975) 1, S. 539 ff.

in den Hörsälen und Seminarräumen spürbar gemacht hätten.

In der Tat hatte vor allem Hillgruber in Köln, wie übrigens auch Nolte in Marburg, einige böse Erfahrungen mit linksradikalen Studenten machen müssen. Stürmers persönliche Erlebnisse blieben in dieser Beziehung sehr begrenzt. Doch sein Kontaktnetz war umfassend genug, um Informationen über mancherlei skandalöse Zwischenfälle zur Verfügung zu haben. Man brauchte damals einen westdeutschen Ordinarius in einem Gespräch ja nicht einmal zu fragen, wenn man etwas über die unruhigen Hochschulen erfahren wollte. Zwar begann „seit 1973, als der Ölpreis hochschob und ‚Tendenzwende‘ der Name eines neuen Bewußtseins wurde“³⁶⁾, auch an den Universitäten der Umschwung. Denn, so fügte Stürmer an massenwirksamer Stelle hinzu, „der Lack fiel ab von der Schönen Neuen Welt, in deren Namen seit 1968 Vergangenheit, Zeit und Geschichte wegreformiert wurden, soweit die Mehrheiten immer reichten. Die Utopien sind notgelandet, Beton läßt die Gemüter kalt, Computer sind auf die Frage nach dem Sinn nicht programmierbar.“³⁷⁾

Aber das Trauma, verfolgt worden zu sein, blieb, obwohl sich im Zeichen eben jener „Tendenzwende“ die Macht- und Einflußgewichte inzwischen verschoben hatten. Wie tief das Trauma verwurzelt ist, zeigte sich noch kürzlich wieder, als Hillgruber sich bitter darüber beklagte, *DIE ZEIT* habe Habermas „die ‚Chance‘“ geboten, seinen (Hillgrubers) Band über *Zweierlei Untergang* „polit-agitatorisch“ als Beleg für apologetische Tendenzen in der Geschichtsschreibung „auseinanderzunehmen“³⁸⁾. Mehr noch: „Karl Heinz Janßen hat mit dem Artikel von Habermas durch einen sofort ins Auge fallenden Hinweis auf der ersten Seite dieser Ausgabe der ‚ZEIT‘ unter der Devise ‚Kampfansage‘ besonderen Nachdruck zu geben gesucht. Er verlieh darin der Habermas’schen ‚Abrechnung‘ (Janßen), die — in der Sache — nichts anderes ist als die Entfesselung einer politisch motivierten Rufmordkampagne gegen Michael Stürmer, Ernst Nolte, Klaus Hildebrand und mich im Stile der noch allzu vertrauten APO-Pamphlete der endsechziger Jahre, das Prädikat ‚in bester aufklärerischer Tradition‘.“

Zweifellos ist die Heftigkeit solcher Reaktionen auf den Habermas-Artikel nicht zuletzt damit zu

³⁶⁾ M. Stürmer, Geschichte in geschichtslosem Land, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 4. 1986.

³⁷⁾ M. Stürmer, Wem gehört die deutsche Geschichte?, in: Die Bunte vom 19. 12. 1984, S. 146.

³⁸⁾ A. Hillgruber, Jürgen Habermas, Karl Heinz Janßen und die Aufklärung Anno 1986, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Dezember 1986, S. 725f.

erklären, daß die APO noch in sehr lebhafter Erinnerung ist. Unter denen, die sich in dem „Glaubenskampf“ nun erneut auf der „Proskriptionsliste“³⁹⁾ stehend fühlen, wird gerade auch Habermas dafür mitverantwortlich gemacht, daß vor der „Tendenzwende“ nicht nur die Universitäten, sondern angeblich auch andere Institutionen fast aus dem Ruder gelaufen wären. Nicht allein unter den akademischen Eliten der Bundesrepublik ist dieser Eindruck und diese historische Erinnerung fest verwurzelt. Auch in konservativen Parteien bzw. bei manchen Politikern findet man diese Perzeptionen.

Nun mögen sich die immer noch Verfolgten im großen einig sein, was sie nicht noch einmal erleben möchten, nämlich ein erneutes Infragestellen der Universitätsstrukturen und Lehrpläne und eine neue Welle des Reformismus in Staat und Gesellschaft. Als viel schwieriger erweist es sich indessen, darüber Einigkeit zu erzielen, wie man auf die Wahrscheinlichkeit weiterer sozialer und politischer Veränderungen in der gegenwärtigen Lage reagieren soll. Jedenfalls scheint bei vielen Unsicherheit und eine gewisse Hilflosigkeit zu herrschen, die sich dann häufig in einem für die deutschen Geisteswissenschaften durchaus nicht neuen Kulturpessimismus artikulieren. Einige andere Historiker versuchen, einer weiteren Polarisierung in diesem „Glaubenskampf“ entgegenzuwirken, indem sie daran erinnern, daß alle Beteiligten einer *community of scholars* angehören und daher auf die Grundsätze rationalen wissenschaftlichen Diskurses verpflichtet sein sollten⁴⁰⁾. Wieder andere haben sich entschlossen, im stillen zu wirken — als Gutachter für Forschungsprojekte, bei Stellenbesetzungen oder als Mitglieder von Kommissionen mit dem Ziel, „Schlimmeres zu verhüten“.

Zu denen, die sich ohne Zaudern öffentlich exponiert haben und dabei eine historisch-politische Konzeption verfolgen, gehört auch Stürmer. Die Elemente dieser Konzeption finden sich in seinen früheren Bismarck-Studien, die weiter oben vorgestellt worden sind⁴¹⁾. Was an ihr frappt,

³⁹⁾ So M. Stürmer in einem Leserbrief in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 8. 1986. Dort auch die Sätze: „Identitätsstiftung? Was immer Identität sein mag, es befindet sich offenbar jedermann auf der Suche nach derselben. Inwieweit die Historie als Wissenschaft dazu beizutragen hat, ist umstritten. Identitätsstiftung sollte sie anderen überlassen. Jürgen Habermas hat dies lange genug, und glücklicherweise vergeblich, unternommen.“ Die Verbitterung ist so groß, daß Habermas’ eigene Zusammenstöße mit dem damaligen studentischen Radikalismus nach dem Selbstverschuldungsprinzip behandelt werden.

⁴⁰⁾ So der Tenor des Beitrages von Thomas Nipperdey zur Nolte-Debatte in: *DIE ZEIT* vom 17. 10. 1986, S. 12.

⁴¹⁾ Siehe vor allem S. 29.

ist als erstes die Kühle, mit der er heute eine Polarisierung innerhalb der Geschichtswissenschaft verfolgt⁴²⁾.

Kaum weniger kühl kalkulierend hat er die wenig haltbare Hypothese aufgestellt, die Bundesrepublik sei ein geschichtsloses Land⁴³⁾. Da in einem solchen Land aber „die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“, ist dies für Stürmer nicht eine Zeit, in der man sich aufs Gelehrtenstübchen zurückziehen kann. Geht es „in Wahrheit“ doch um die Frage, „aus welchen Werten Konsens kommen soll und innerer Friede. Pluralismus der Werte und Interessen, wenn er keinen gemeinsamen Boden mehr findet, durch Wachstum nicht mehr entschärft, durch Schuldenaufnahme nicht mehr gedämpft wird, treibt früher oder später zum sozialen Bürgerkrieg, wie am Ende der Weimarer Republik“⁴⁴⁾. Doch, so fügt er hinzu, „was stiftet Sinn und Zusammenhang? Nation und Staat, oder Klasse und Gesellschaft?“

Die Antwort, die Stürmer auf diese Fragen geben würde, liegt in der Politik Bismarcks, der ein Jahrhundert zuvor vor demselben „dialektischen Gegensatz“ stand. In den frühen siebziger Jahren hatte der Erlanger Historiker gezeigt, wie und aus welchen Alpträumen heraus der erste Reichskanzler „Nation und Staat“ für die Erhaltung des innenpolitischen Status quo instrumentalisierte⁴⁵⁾. Wohlgermerkt: Wie Bismarck und sein Berater Hermann Wagener, dessen Denkschriften er einst ausgewertet hatte, ist auch Stürmer kein Nationalist. Für ihn wie für seine Kollegen ist die Westintegration der Bundesrepublik eine *Conditio sine qua non*, und zwar nicht nur militärisch und wirtschaftlich. Noch kürzlich hob er in einem Leitartikel in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* „die Leistung Konrad Adenauers“ hervor, „der alles tat, um den deutschen Sonderweg der moralischen und politischen Trennung vom Westen zu überwinden“⁴⁶⁾.

Auf der anderen Seite haben wir auch gesehen, daß Stürmer in der deutschen Frage sowohl ein erhebliches emotionales Potential als auch eine große Sprengkraft eingeschlossen sieht. Dieses

Potential gilt es anzuzapfen, um die angebliche Sprengkraft der nationalen Frage zu entschärfen. Allerdings geht es ihm nicht nur um sprachliche Führung gegen neutralistische und deutschnationale Tendenzen in der Bundesrepublik, sondern auch gegen jene, die die Vergangenheit anders deuten und die Zukunft der westdeutschen Innenpolitik durch andere Begriffe prägen wollen als Stürmer und seine politischen Freunde.

Weniger klar ist, ob sie auch erkannt haben, wie riskant ihre Strategie gerade in historischer Sicht ist. Immerhin hatte Stürmer vor 15 Jahren gegen Bismarcks Herrschaftstechnik der sekundären Integration, mit deren Hilfe „die bestehende Ordnung gegen den Bazillus des industriewirtschaftlichen Wandels“ immunisiert werden sollte, erhebliche Kritik vorgebracht. Diese Kritik gilt vermutlich auch für die heutige Strategie bundesdeutscher Bismarckianer, die nationale Frage als Mittel innenpolitischer Status-quo-Bewahrung einzusetzen. Habermas hat in seinem Aufsatz resümierend den Blick auf die im Kaiserreich entstandene Trennung der deutschen politischen Kultur von der des Westens gerichtet, die erst nach 1945 überwunden worden sei⁴⁷⁾: „Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte... Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus. Eine in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien hat sich leider in der Kulturnation der Deutschen erst nach — und durch — Auschwitz bilden können. Wer uns mit einer Floskel wie ‚Schuldbesessenheit‘ (Stürmer und Oppenheimer) die Schamröte über dieses Faktum austreiben will, wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzige verlässliche Basis unserer Bindung an den Westen.“

Dem sind zwei ergänzende Gesichtspunkte hinzuzufügen. Zum einen sollte nicht vergessen werden, daß Reformismus und die Bereitschaft zur schöpferischen Adaption an gesellschaftlichen Wandel integrale Bestandteile eben dieser westlichen politischen Kultur sind. Beides inspirierte seit langem auch westliche Einstellungen zu dem, was dem 19. Jahrhundert als Soziale Frage im Bewußtsein stand und um deren Lösung man sich damals bemühte. So hat Hildebrand Anfang der siebziger Jahre anhand des britischen Beispiels im 19. Jahrhundert einmal untersucht, wel-

⁴²⁾ M. Stürmer, Deutscher Flottenbau und europäische Weltpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, in: Deutsches Marine-Institut und Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Die deutsche Flotte im Spannungsfeld der Politik, 1848—1985, Herford 1985, S. 57f., wiederabgedruckt in: M. Stürmer, Dissonanzen des Fortschritts (Anm. 22), mit einer wissentlich falschen Abqualifizierung einer ihm gut vertrauten Studie über die Antriebe hinter der wilhelminischen Weltpolitik.

⁴³⁾ M. Stürmer (Anm. 36), auch für das folgende Zitat.

⁴⁴⁾ M. Stürmer (Anm. 21), S. 84.

⁴⁵⁾ Siehe oben S. 31.

⁴⁶⁾ M. Stürmer (Anm. 36).

⁴⁷⁾ J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, in: DIE ZEIT vom 11. 7. 1986, S. 40.

che Ideen und praktischen Entscheidungen eine liberale Reformgesellschaft antrieben⁴⁸⁾.

Eine fortgesetzte Verpflichtung auf eine derartige Gesellschaft scheint nicht zuletzt deshalb ratsam, weil bei allem Fortschritt, den die westlichen Industriegesellschaften erzielt haben mögen, am Ende des 20. Jahrhunderts kaum behauptet werden kann, daß eben jene Soziale Frage als erfolgreich gelöst zu betrachten sei. Eher sieht es doch so aus, daß die Probleme, die sich während der Ersten und Zweiten Industriellen Revolution in nationalstaatlichem Rahmen stellten, heute, da wir uns inmitten der Dritten Industriellen Revolution befinden, unübersehbar globale Dimensionen angenommen haben. Die reformistischen Aufgaben, die den westlichen Industriegesellschaften daraus erwachsen, erfordern mehr denn je die fortgesetzte Erinnerung an die rationalistischen und humanistischen Traditionen des Okzidents.

Wer nun glaubt, diesen Aufgaben mit bismarckischen Ablenkungsstrategien Herr werden zu können, mag in dieser Illusion durch Gespräche bestärkt worden sein, die man heute auch außerhalb der Bundesrepublik mit neokonservativen „Realpolitikern“ führen kann. Weitsichtiger und politisch weiser dürfte es indessen sein, dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik zusammen mit anderen westlichen Ländern nicht von einer liberalen Reformgesellschaft, wie sie dereinst von Hildebrand definiert wurde, in einen sterilen Konservatismus verfällt, der die großen gesellschaftlichen Fragen der Zeit mit Hilfe nationaler Sinnstiftung allenfalls aufstaut und dringende Lösungen nur erschwert. Soweit die Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1848 für die Große Politik.

Welche Folgerungen ergeben sich zweitens und über das Erfordernis einer klaren Westorientierung der bundesdeutschen politischen und akademischen Kultur hinaus für die Geschichtswissenschaft im engeren Sinne? Wie weiter oben ausgeführt, wäre es irrig, den „Historikerstreit“ des letzten Jahres als spontane Reaktion auf Nol-

⁴⁸⁾ Besonders konzis in: K. Hildebrand, „British Interests“ als Staatsräson. Grundlagen britischer Außenpolitik im 19. Jahrhundert, in: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim, (1973) 2, S. 2—8, insbes. S. 8: „Innenpolitische Reformbereitschaft für eine leistungsfähige Außenpolitik und Absage an die Rolle des ‚Weltpolizisten‘ als Voraussetzung für die Verwirklichung innerer Reformen — dieses Wechselspiel von Innen- und Außenpolitik, das die englische Nation und ihr Parlament im 19. Jahrhundert mit Erfolg betrieben, trug entscheidend dazu bei, die internationale Position der britischen Weltmacht zu garantieren.“ Leider hat Hildebrand seine Mannheimer Habilitationsschrift zu diesem Thema nie veröffentlicht.

tes provokante Thesen zu betrachten. Vielmehr ist auf der einen Seite festzuhalten, daß sich diese Thesen durchaus in die Evolution seines Forschungsansatzes einordnen lassen. Schon in seiner ersten großen Faschismus-Studie ist eine spezielle dialektische Interpretation der modernen europäischen Geschichte zu erkennen. Daß diese Interpretation schließlich, ebenso wie die Stürmersche, sozusagen umkippte, liegt nicht an neuen Quellenerkenntnissen zur NS-Ausrottungspolitik, sondern an Wandlungen, die sein Verständnis der politischen Entwicklungen seit den sechziger Jahren durchgemacht hat.

Bei Hillgruber stellt sich die Lage etwas anders dar. Zur „Endlösungs“-Problematik hat er von jeher in Aufsätzen eine Stellung bezogen, gegen die niemand grundsätzliche Einwände erheben wollen wird. Er dürfte heute aber bedauern, daß er es zuließ, zwei an sich unzusammenhängende Vorträge zwischen zwei Buchdeckel fügen und mit dem publizitätsträchtigen, aber höchst mißverständlichen Titel *Zweierlei Untergang* auf den Markt werfen zu lassen. Dennoch ist es wohl auch bei ihm kein Zufall gewesen, daß dies jetzt und nicht viel früher geschah, ebenso wie es auf der anderen Seite nicht erstaunen sollte, daß die Reaktion darauf jetzt so prompt und vehement erfolgte.

Wie soll es weitergehen? Es wäre naiv anzunehmen, daß die langjährigen Animositäten, die der „Historikerstreit“ nun an die breitere Öffentlichkeit gebracht hat, sich auf persönlicher Ebene über Nacht ausräumen ließen. Es ist aber zu hoffen, daß wenigstens in der sachlichen Erkenntnis und methodischen Entwicklung des Faches keine Versteinerung eintritt. Im Hinblick auf die westdeutsche Sozialgeschichte ist diese Hoffnung vollauf berechtigt. Sie hat auch in den letzten zehn Jahren eindrucksvolle Fortschritte gemacht und in enger Verbindung mit der Forschung in anderen Ländern zahlreiche Themen aufgearbeitet, für die echte Wissenslücken bestanden. Sie hat sich auch dann gescheut, die Gültigkeit eigener Paradigmen in Frage zu stellen, wenn man etwa an das gegenwärtig in Bielefeld laufende, interdisziplinär angelegte Projekt Jürgen Kockas über Bürgertum und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert denkt. Unser Verständnis nicht nur des „Dritten Reiches“, sondern der deutschen Geschichte allgemein hat aus der sozialgeschichtlichen Perspektive eindeutig eine Differenzierung und Vertiefung erfahren, wie sie in den sechziger Jahren kaum denkbar war.

Demgegenüber — so muß ganz nüchtern festgestellt werden — fallen die Perspektiven, die die „Staatengeschichte“ in den letzten zehn Jahren neu eröffnet hat, deutlich ab. Zudem hatte sich

schon vor Noltes Veröffentlichung im Ausland die Sorge verstärkt, daß sich Teile der westdeutschen Historikerschaft erneut in das Getto nationaler Apologetik zurückziehen könnten, aus dem Droz ihre Vorgänger drei Jahrzehnte zuvor herauslocken wollte. Freilich verbirgt sich hinter dieser Sorge zugleich die Hoffnung, daß die sachliche Verbindung zur internationalen Forschung auch auf dem Felde der „Staatengeschichte“ erhalten bleiben möge. Und soweit es ihre methodische Entwicklung betrifft, wäre ein erneuter Rückgriff auf die Ansätze der sechziger Jahre erwünscht. Man denkt hier etwa an die bahnbrechende Arbeit von Werner Link über *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, 1921—1932* (Düsseldorf 1970), die verdeutlichte,

daß die Politikgeschichte eines modernen Industriestaats und die Geschichte seiner Außenbeziehungen einfach nicht geschrieben werden kann ohne die gleichzeitige Analyse der globalen Verflechtungen seines Wirtschaftssystems und der dahinterstehenden Interessen.

Angesichts des massiven Quellenmaterials, das heute gerade auch zu diesen Aspekten zur Verfügung steht, erfordert die „Staatengeschichte“, deren Legitimität nicht angezweifelt wird, heute eine kaum weniger große Forschungsanstrengung als die Sozialgeschichte. Diese Anstrengung wird von ihren Protagonisten aber nur erbracht werden können, wenn sie weniger Große Politik und „Sinnstiftung“ und wieder mehr empirische statt essayistische Geschichtswissenschaft treiben.

Karl Dietrich Bracher: Zeitgeschichtliche Erfahrungen als aktuelles Problem

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/87, S. 3—14

In der gegenwärtigen Diskussion über Zeitgeschichte und politisches Bewußtsein in Deutschland treffen vielschichtige historische Erfahrungen und widersprüchliche Erinnerungen mit Forderungen nach einer „Historisierung“ der Zeit des Nationalsozialismus zusammen, wie sie übrigens schon in den siebziger Jahren zumal von links gegen die Vertreter der Totalitarismusthese erhoben wurden, da diese eine „normale“ Betrachtung der NS-Vergangenheit behindere. Eine verstärkte Debatte um die „nationale Identität“ der Deutschen und ihr Verhältnis zur historischen Tradition hat jetzt wieder die Auseinandersetzung aktualisiert und politisiert.

Tatsächlich ist der jüngst dramatisierte und personalisierte „Historikerstreit“ nicht nur Ausdruck des Generationswandels, sondern er betrifft überhaupt die moralische Dimension jeder Analyse totalitärer Herrschaft und ihre mögliche Relativierung durch historischen Vergleich. Besonders im Blick auf nationalsozialistische und kommunistische Diktaturen mit ihren ideologisch motivierten Massenmorden gilt, daß Vergleiche zwar eine notwendige wissenschaftliche Methode sind, um Ähnlichkeiten wie Unterschiede zu ermitteln, daß jedoch die menschenfeindlichen Untaten einer Diktatur keinesfalls durch den Vergleich mit denen einer anderen Diktatur historisierend zu entschuldigen sind. Vergleichen heißt nicht gleichsetzen, auch kausale Zusammenhänge können keine moralische Entlastung bewirken.

Die besondere deutsche Belastung ist nicht durch einen neuen Nationalismus historischer oder neutralistischer Observanz zu bestehen, sondern nur durch die weitere Stabilisierung freiheitlicher Demokratie in Deutschland an der Seite der demokratischen Nationen — und im Verbund eines übernationalen Europa, das den Grundwerten abendländischer Kultur, nicht zuletzt der Bewahrung und Verteidigung der Menschenrechte verpflichtet ist.

Herbert A. Strauss: Antisemitismus und Holocaust als Epochenproblem

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/87, S. 15—23

Antisemitismus und Holocaust müssen in die verschiedenen Ebenen von Wirklichkeit eingeordnet werden, die von der internationalen Forschung diskutiert werden. Der Vorkriegsantisemitismus des Kaiserreiches reflektiert *im europäischen Vergleich* die Krise des liberalen Nationalstaates. Seine Virulenz und soziale wie politische Bedeutung ergeben sich aus den Interessenlagen der Schichten, die ihn zu mobilisieren versuchen. Trotz seiner politischen Unbedeutsamkeit durchdringt der Antisemitismus vor 1914 breite Mittel- und Oberschichten und Berufsgruppen und verbindet sich mit ihren ideologischen und politischen oder wirtschaftlichen Zielen.

Nach dem Ersten Weltkrieg, der als Epochenscheide zu verstehen ist, entwickelt sich in der extremen deutschen Rechten einschließlich Hitlers der Gedanke zum Massenmord an den Juden, deutlich in einem aus dem Jahre 1920 stammenden Dokument, das die Juden zu Geiseln des „internationalen Judentums“ stilisiert und das Motiv „Geiselmord“ vorwegnimmt, das in Hitlers Morddrohungen immer wieder erkennbar ist. Die Haltung der konservativen Eliten der Weimarer Republik zu Antisemitismus und dann später zu Judenverfolgungen und -ermordungen des Dritten Reiches sowie die Passivität der Bevölkerung gegenüber den Judenverfolgungen spiegeln die Grundstruktur des Antisemitismus wider — seine Kongruenz mit archaischen, anti-modernen Ideen und aggressiven nationalistischen Zielen, das Nebeneinander moderater und radikal-chimärischer Strömungen und politischer Traditionen, die taktische Akkommodation der Verfolgungsmaßnahmen an die Ziele des Dritten Reiches.

Die brutale Einzigartigkeit des Holocaust läßt sich jedoch nur von den Ursachen her aufhellen. Die Abwesenheit jeder Rationalität verhindert die Epocheneinordnung über die Erklärung der Verbindungslinien hinaus, die zu ihm geführt haben.

Volker Berghahn: Geschichtswissenschaft und Große Politik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/87 S. 25—37

Der Verfasser unternimmt in diesem Aufsatz eine Analyse der Hintergründe des gegenwärtigen „Historikerstreits“. Für ihn ist es kein Zufall, daß dieser Streit jetzt ausbrach, nachdem in der westdeutschen Historikerschaft bereits jahrelang grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation der neueren deutschen Geschichte geherrscht hatten. Diese Differenzen wurden zeitweilig lediglich durch Debatten verdeckt, die die Sozialhistoriker untereinander ausfochten. Es ging dabei darum, ob eine Sozialgeschichte „von unten“, wie sie sich auch in anderen westlichen Ländern durchgesetzt hat, einen besseren Zugriff auf Grundprobleme gesellschaftlicher Entwicklung anbot. Währenddessen wandte sich die „Staatengeschichte“ verstärkt Fragen der nationalen Identität der Deutschen zu und bemühte sich um eine Neuformulierung der Aufgaben der Historiker als „Sinnstifter“. Nachdem die Gründe für diese Orientierung anhand der politisch-historischen Konzeption des Erlanger Historikers Michael Stürmer analysiert worden sind, schließt der Verfasser mit einem Ausblick auf die zu erhoffende weitere Entwicklung innerhalb des Faches.